

Das fossile Kapital hinter der NSDAP

»I paid Hitler« war die erste und offenste Antwort auf die bis heute wichtige Frage, wer Hitlers Aufstieg finanziert hat. Gegeben hat sie »der gewaltigste unter den Machthabern des Ruhrgebietes«, Fritz Thyssen, in einem mehrtägigen Interview in Südfrankreich im Frühjahr 1940.^{1, 2} Sein politischer Zögling war ihm über den Kopf gewachsen und er hatte Deutschland kurz vor dem Überfall auf Frankreich verlassen, brüstete sich aber frank und frei, seinen Wahlkampf bezahlt und ihn an die Macht befördert zu haben.³ Schon im September 1923 meinte er mit Blick auf Mussolinis Erfolg in Italien, es müsse auch in Deutschland »ein Diktator gefunden werden, ausgestattet mit der Macht, alles zu tun, was nötig ist.« In seinen Kreisen orientierte man sich nun auf die römische Kombination von Putsch mit anschließender »legaler« Machtübergabe.«⁴ John Heartfield verspottete die Verbindung des Milliardärs mit dem sich als Bürgerschreck

-
- 1 Zu Thyssens Bedeutung 1933 siehe: Reiner Zilkenat: Das deutsche Großkapital, der »Keppler-Kreis« und die NSDAP. Eine unentbehrliche Vorgeschichte des 30. Januar 1933 2012, <https://nrw-archiv.vn-bda.de/bilder/keppler-kreis.pdf> vom 24.07.2021, S. 8.
 - 2 Emery Reves/Fritz Thyssen: I paid Hitler, London: Hodder and Stoughton Verlag 1941. Thyssen wurde in Frankreich vor dem deutschen Überfall von Reves an der Cote'd Azur mehrere Tage interviewt. Später bestritt er große Teile der Biographie und insbesondere ihren Titel. Reves gibt an, sie mitten im Krieg veröffentlicht zu haben, um Großbritanniens Untätigkeit während des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion zu skandalisieren und zu einem schnellen Angriff gegen Deutschland zu bewegen.
 - 3 »Fritz Thyssen zählte wie Kirdorf zu den mächtigsten Exponenten der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr. [...] Seit der Bildung der Vereinigten Stahlwerke AG im Jahre 1926, des nach der United States Steel Corporation zweitgrößten schwerindustriellen Konzerns weltweit, amtierte er als Vorsitzender des Aufsichtsrates. Daneben war er stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der zum Flick-Imperium gehörenden Mitteldeutschen Stahlwerke AG. Weitere Aufsichtsratsmandate nahm er z.B. bei der Gelsenkirchener Bergwerks AG, den Siemens-Schuckert-Werken, bei den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE), bei der Bremer Vulcan Schiffbau- und Maschinenfabrik und bei der Ufa wahr. Außerdem war er Mitglied des Zentralausschusses der Deutschen Reichsbank sowie des Präsidiums des RDI und der Ruhrlade.« R. Zilkenat: Das deutsche Großkapital, der »Keppler-Kreis« und die NSDAP.
 - 4 Gerhard Feldbauer: Im Namen der Fasci. Hitlers Vorbilder: Mussolini und seine Schwarzhemden, <https://dasjahr1933.de/im-namen-der-fasci/vom-24.07.2021>.

inszenierenden Volkstribun in einer Karikatur vom August 1932. Darin hält Thyssen eine kleine Hitler-Marionette. Vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal konnte er sich an all das nicht mehr richtig erinnern und kam wie alle Industriellen und Banker ohne lange Haft oder gar Todesstrafe davon.

Mit Blick auf die vielen reichen Gönner und Helfer Hitlers aus den obersten Etagen der Wirtschaft sind sowohl Hitlers eigene Legende vom selbstständigen Aufstieg seiner Bewegung in der »nationalen Revolution« als auch die heutige daran anschließende Erzählung von der »Machtergreifung« eines skrupellosen self-made-Diktators eben nur bequeme Lügen. Die »Arbeiter Illustrierte Zeitung« spottete regelmäßig über die Verbindung aus Kapital und NSDAP. Nach der schließlich erfolgreichen Einsetzung Hitlers berichteten aus Deutschland Geflüchtete der Weltöffentlichkeit im Sommer 1933:

»Die Kanzlerschaft fiel Hitler nicht als Frucht eines heroischen Kampfes in den Schoß. Es war keine »nationale Revolution« die sich am 30. Januar vollzog und im kühnen Angriff die Macht eroberte. Adolf Hitler erhielt überraschend den Kanzlerposten, als die führenden Gruppen der herrschenden Klasse nicht nur auf eine Verstärkung ihrer Gewalt gegen die Arbeiter drängten, sondern auch den Geruch des Osthilfe-Skandals eilig ersticken wollten.«⁵

Heute von »Machtergreifung« zu sprechen, ist somit eine Wiederholung der Nazi-Legende der »nationalen Revolution«. Die VVN-BdA spricht deshalb meistens von der »Machtübertragung«, um zu betonen, dass die NSDAP von ganz oben, von Hindenburg und einem breiten Bündnis aus Wirtschaft und Banken, eingesetzt wurde, um die Weimarer Republik zu überwinden. Das Buch »Hitler der Eroberer – die Entlarvung einer Legende« von 1933 versuchte bereits, den Mythos der nationalen Revolution zu entzaubern.

Der Reichskanzler von 1930-1932

Von der Autobahnforschung wird es als Zufall oder Laune interpretiert, dass Hitler schon elf Tage nach seiner Ernennung zum Kanzler eine Art deutschen New Deal mit Auto und Autobahn angekündigt und damit seiner bis dahin offiziellen Auto-skeptischen Politik völlig widersprochen hat. Dieses Ereignis wird jedoch durchaus verständlich, wenn es im Kontext des langen Putsches gegen die Weimarer Republik betrachtet wird. Zu diesem Bild gehört auch das heute weitgehend verdrängte Kapitel des Intermezzos mit Kanzler Schleicher und dessen Versuch eines Bündnisses mit dem linken Flügel der NSDAP. Von diesem musste der Flügel um Hitler sich abgrenzen, um die Gunst der Ruhrbarone und deren Wahlkampfspenden zurückzugewinnen. Mit den Eliteprojekten Autobahn und Autoförderung konnte eine solche Abgrenzung noch einmal praktisch demonstriert werden. Wie in den Nürnberger Prozessen bekannt wurde, erhielt er vor der letzten Reichstagswahl das Placit so gut wie aller »Chefetagen«.

5 KPD im Exil (Hg.): Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror, Paris 1933.

Abb. 21–22: Cover der Zeitschrift AIZ von John Heartfield, das sich über die Finanzierung Hitlers durch den reichsten Mann Deutschlands, Fritz Thyssen lustig macht. Heartfield illustrierte auch dieses Buchcover, das die von Hitler selbst gepflegte Legende von der Eroberung oder heute auch Ergreifung der Macht eben nur eine Legende war. AIZ, 10.8.1933 und Buchcover von Olden, Rudolf: Hitler, der Eroberer – Entlarvung einer Legende, Berlin/Prag 1933; diese und alle folgenden: »Heartfield online«, Akademie der Künste, heartfield.adk.de.



Um die Autobahn zu verstehen, ist es nötig, zu zeigen, wer Hitlers Wahlkampf finanziert hat. Wie die meisten erfolgreichen Politiker führte er einen teuren Wahlkampf und hatte Zugang zu großzügigen Geldquellen. Ich konzentriere mich auf zwei Bücher zur Finanzierungsfrage, beide aus den USA. Henry Turners Buch erschien 1985 zum 50. Jahrestag des Kriegsendes und Knickerbocker publizierte 1932 einen als Reisebericht getarnten politischen Ratgeber für die »oberen Zehntausend«. »German Big Business And The Rise Of Hitler« von Turner erschien kurz vor dem ersten Historikerstreit und könnte als eine Art Einladung zu diesem verstanden worden sein. Turner musste einige wichtige Eckdaten ignorieren, um im Fazit zu einer weitgehenden Entlastung der deutschen Wirtschaft zu kommen. Diese habe zwar die Demokratie beerdigen und eine Diktatur installieren wollen, aber eben nicht diese. Wer das ganze Buch liest, wird sehen, dass die Entlastungsthese oft gar nicht aus seinen eigenen Analysen herzuleiten ist, und an manchen Stellen hat er selbst an der Unschuld der »Ruhrbarone« gezweifelt.⁶

6 Er lässt unter anderem aus: 1) wer ein Interesse am Putsch gegen den linken Flügel um Strasser im Dezember 1932 gehabt haben kann, 2) wer ein Interesse an der absehbaren Aufrüstung haben konnte, wie z.B. die IG-Farben mit ihrem synthetischen Benzin und meint gar, die Farben hätte Angst haben müssen vor einer unberechenbaren Politik Hitlers in dieser Hinsicht, 3) das Geheimgespräch mit der Wehrmacht am 3.2.1933, 4) den Terror von SA, SS und ab 30.1.1933 des preußi-

Die gegenteilige These vertrat der amerikanische Journalist Hubert Knickerbocker 1932 unter dem Titel »Can Europe Recover?«, worin er dem deutschen Big Business eine einigermaßen subtil formulierte Empfehlung für einen gemäßigten Faschismus à la Mussolini aussprach. Auf Deutsch hieß das Buch »Kommt Europa wieder hoch?« und erschien in der Todesagonie der Weimarer Republik, im Sommer 1932. Knickerbockers Antwort auf seine eigene Frage war ein optimistisches und fast unumwundenes Ja.⁷ Das Besondere an diesem Buch ist, dass sein Autor Redakteur großer Zeitungen und Chef einer der größten Presseagenturen der USA und der englischsprachigen Welt war und das Ohr der wohlhabenden Kreise hatte, sowohl in den USA als auch in Deutschland. Mussolini empfing ihn in Rom und der deutsche Kanzler Brüning in der Reichskanzlei (beide Anfang 1932). Das wichtigste Interview jedoch gab die damalige Nummer Zwei der NSDAP, Georg Strasser. Die wohlwollenden Besprechungen aller Bücher Knickerbockers in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung«, das damalige Sprachrohr der Ruhrbarone, zeigt, dass die Option einer faschistischen Diktatur schon lange vor dem 30. Januar 1933 mit allem Für und Wider erwogen wurde.⁸ Selbst nach Hitlers Machtantritt noch lobte die DAZ Knickerbocker, der ein weiteres Optimismusbuch, »Kommt Krieg in Europa?«, vorlegte, was er eher verneinte. DIE ZEIT jedoch schrieb im Nachruf 1949, Knickerbocker hätte »viele vorausgesagt, was später eintraf.«⁹

Warum haben Konservative die Autobahn nicht gebaut?

Bevor ich zur Frage komme, warum Hitler die Autobahn gebaut hat, möchte ich der selten behandelten Frage nachgehen, warum sie nicht in den Jahren ab 1926, als die Pläne schon vorlagen, von den vorhergehenden Regierungen gebaut wurde. Heinrich Brüning regierte von 1930 – 32 in einer Phase des Übergangs zur Diktatur. Dass er den Deutschen die Nazis wie ein ungebetenes Danaergeschenk bescheren würde, spottete Gregor Grosz schon 1930 in der Karikatur »Hurra, Hurra! Der Brüning-Weihnachtsmann ist da!«.¹⁰ Unter einem mit Hakenkreuzweihnachtskugeln geschmückten Baum steht ein Eselchen, dem die Schlafmütze über die Augen gerutscht ist und das darum die Zeitung vor seinen Augen nicht sehen kann, auf der die Schlagzeile erkennbar lautet »Adolf Hitler«.

schen Innenministeriums unter Göring, 4) das nachträgliche Placit im Tag von Potsdam, 5) die Enteignung von Hugo Junkers, 6) die Verbindung von Familie Quandt mit der Familie von Joseph Goebbels, 7) die Auftritte Hitlers in den Industrieclubs.

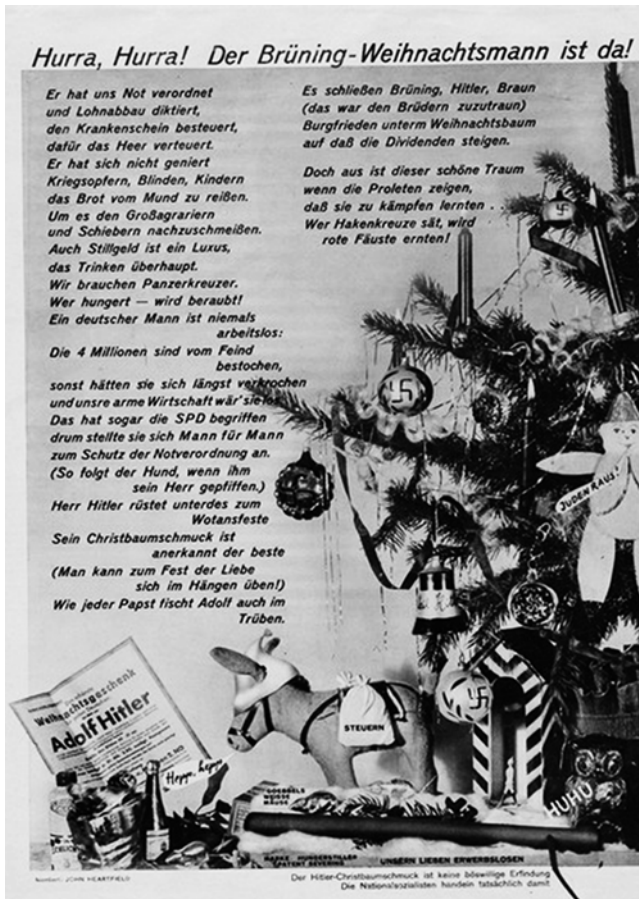
7 Hubert R. Knickerbocker: *Kommt Europa wieder hoch?*, Berlin: Rowohlt 1932.

8 Henry A. Turner: *German big business and the rise of Hitler*, New York, Oxford: Oxford University Press 1987, S. 166, 220 und 311.

9 Die ZEIT, 21.7.1949, No. 29.

10 In: AIZ, Arbeiter Illustrierte Zeitung, 1930, No. 51.

Abb. 23: Kanzler Brüning wird den politisch eseligen und blinden Deutschen Hitler gleich einem Weihnachtsgeschenk bescheren, spottete Heartfield in der AIZ schon 1930 hellsichtig.



Brüning selbst sah das nach dem Krieg anders und beanspruchte nicht die Verantwortung für das Ende der Demokratie, sondern für das Autobahnnetz. In aller Unbescheidenheit schrieb er:

»Besonders schwierig blieb die Lage der Stahl und Zementindustrie. Sie litten auch unter der Tatsache, dass die Reichsbahn [...] keine erheblichen neuen Aufträge geben konnte. Einen Ausweg gab es für beide Industrien nur durch den Bau neuer Straßen mit zahlreichen Brücken. So entstand bei mir der Gedanke, in großem Umfang den Bau von Nur-Autostraßen, vor allem aber Autobahnen [...] zu beginnen. [...] Die beiden vorher genannten Industrien konnten durch neue Aufträge ihre Krise überwinden und der Bauindustrie damit wertvollen Auftrieb geben. Baupläne für eine Autobahn von den Hansestädten nach Basel waren bereits im einzelnen ausgearbeitet worden. Ein Hindernis für den Beginn der Autobahnbauten stand noch im Wege: Der §13 des Fi-

nanzausgleichsgesetzes. Ich riet, in einem Zusatzparagraphen 13a zur Ergänzung des Finanzausgleichsgesetzes den Weg für den Beginn des Baues zu bereiten.«¹¹

Aus Sicht der Forschungslage besteht auch heute kein Grund, an der Zusammenfassung des marxistischen Historikers Karl Lärmer zu zweifeln. »Es ging um Aufträge für die Stahlindustrie, für die Zementindustrie, für die Bauindustrie.«¹² In diesem Punkt kann Brüning zugestimmt werden. Wir müssen bedenken, dass rund 60 Prozent der Kosten der Reichsautobahn auf die Brücken entfielen, und darin wiederum ein beträchtlicher Teil auf den Kauf von Stahl.¹³ In der HaFraBa waren alle großen Baukonzerne, Hoch-Tief-Stahl Essen sowie die Städte, vertreten, die sich einen Autobahn-Anschluss wünschten.¹⁴

Ansonsten ist Brüning ein ebenso dreister Lügner wie sein Vorbild Hitler, der sich ebenfalls zu Unrecht die »Vision« des Autobahnnetzes als eine Art göttliche Eingebung aus dem Nichts zuschreiben wollte.

Schon 1927 plante die rheinische Provinzregierung zwischen Köln und Düsseldorf eine »Kraftwagenstraße«, bekam aber keine finanzielle Unterstützung der Reichsregierung, die sie zu teuer fand und lieber das bestehende Netz instand halten wollte. Das Thema stand dennoch, dank des von der HaFraBa bezahlten Lobbyisten Willi Hofer, ab 1930 wiederholt auf der Tagesordnung von Regierung und Parlament.¹⁵

Dass der Aufschwung von Stahl-, Zement- und Bauindustrie unter Hitler dann tatsächlich von der Autobahn verursacht worden wäre, ist hingegen falsch.¹⁶

»Hitler sagte vor Vertretern der mittleren Führungsebene am 10.2.1939 »Man wird nun sagen: Ja, sie rüsten doch auf. – Meine Herren, das sieht ja leider das Volk nicht, weil ich darüber ja nicht ganz offen sprechen kann. Das ist das Verborgene. Was das Volk sieht und sehen kann und sehen soll, sind die übrigen Lebensäußerungen [...] Deshalb

-
- 11 Kurt Kaftan, *Der Kampf um die Autobahnen. Geschichte und Entwicklung des Autobahngedankens in Deutschland von 1907–1935 unter Berücksichtigung ähnlicher Pläne und Bestrebungen im übrigen Europa*. Wigankow, Berlin 1955.
- 12 Karl Lärmer: *Autobahnbau in Deutschland 1933 bis 1945. Zu den Hintergründen*, Akademie-Verlag 1975, S. 28.
- 13 Das waren namentlich Hoch-Tief-Stahl Essen, dessen Besitzer Eugen Vögler dann auch im Vorstand der Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsautobahn saß. Vgl. ebd., S. 32.
- 14 Ebd., S. 27 und 32.
- 15 Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und das Bundesarchiv: »Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik« Online« Nr. 289 Vermerk des Ministerialrats Vogels über die Chefbesprechung vom 5 Mai 1931« 2021, https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0001/bru/bru2p/kap1_1/para2_37.html vom 26.07.2021.
- 16 So wurde ein Lobredner der Autobahn vor und nach dem Krieg, Kurt Kaftan, 1933 zurückgepfiffen, als er Fritz Todts Werbung gegenüber den Militärs öffentlich wiederholte und militärische Gründe für den Autobahnbau angab. Todt konnte das bei geschlossenen Türen behaupten, aber es sollte nicht öffentlich werden. In seinem 1936 erschienen Buch »Europa braucht Autobahnen« wird der Autobahnbau uneingeschränkt als Friedenswerk hingestellt. Vgl. K. Lärmer: *Autobahnbau in Deutschland 1933 bis 1945*, S. 6 und 106.

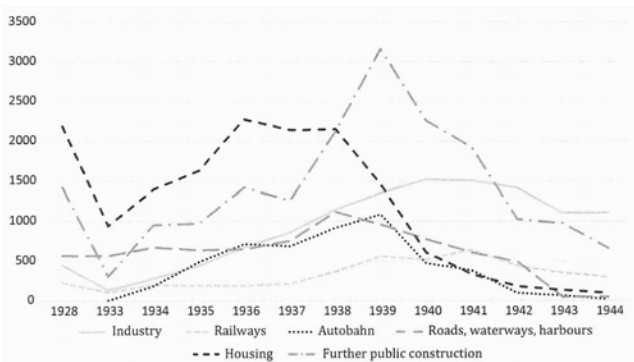
lasse ich in Nürnberg diese gigantischen Anlagen schaffen, deshalb in München desgleichen, deshalb diese riesigen Autostraßen im Deutschen Reich.«¹⁷

Tatsächlich waren die großen Konzerne des Tiefbaus und mit ihr die Zementindustrie schon 1934 voll ausgelastet und die Autobahn ging auf Kosten anderer Bauaufträge für die Industrie, Wohnungsbau und militärische Bauten.¹⁸ Gogl fand ein interessantes Detail:

»Due to the Autobahn project, the Leipzig branch of the German Federation of Technical and Scientific Organisations (Deutscher Verband Technisch-Wissenschaftlicher Vereine) already anticipated a shortage of road construction and civil engineers in November 1933 – before construction works had started – and initiated retraining courses for jobless mechanical engineers: »Umschulungskursus für Straßenbau.«¹⁹

Das besagt freilich noch nicht, dass die Industrie nicht dennoch erwartete, sich mit der Autobahn zu sanieren, falls der Mut der Regierung doch nicht reichen würde, die Rüstung wieder hochzufahren oder Frankreichs Mut gereicht hätte, deshalb im Rheinland einzumarschieren.

Abb. 24: Schätzung der staatlichen Investitionen im Bausektor in Millionen Reichsmark, konstante Preise; in: Simon Gogl, mit freundlicher Genehmigung.



Die ersten Pläne für die Autobahn fallen mit zwei Ereignissen zusammen. 1926 sollte die Volksabstimmung über die Enteignung der Fürsten entscheiden, was der Regierung große Geldmittel an die Hand gegeben hätte. Möglicherweise regte diese Möglichkeit

17 Dülffer et al., Hitlers Städte: Baupolitik im Dritten Reich: Eine Dokumentation, Köln/Wien: Bohlau Verlag, S. 297.

18 K. Lärmer: Autobahnbau in Deutschland 1933 bis 1945, S. 82-84.

19 Die Bauindustrie 1, no. 19 (1933): 249. In: Simon Gogl: Laying the Foundations of Occupation. Organisation Todt and the German Construction Industry in Occupied Norway. Dissertation (= Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Beihefte, Band 27), München, Wien: De Gruyter Oldenbourg 2020, S. 69.

überhaupt dazu an, über große Investitionsprogramme nachzudenken. Jedoch scheiterte die Fürstenenteignung trotz gemeinsamer Zustimmung von SPD und KPD am nötigen Quorum von 50 Prozent der Wähler*innen.

Warum baute die SPD nicht die Autobahn?

Von 1928 bis 1930 regierte die SPD in einer großen Koalition. Wieso baute sie nicht die Autobahn als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme? Es wäre eine leichte Antwort, sie im nicht vorhandenen Geld zu suchen. Aber so einfach war es nicht. Dass eine Autobahn sich mit einer Maut nicht profitabel privat betreiben ließ, war in Italien zu sehen und die deutschen Banken erwogen daher nie eine private Finanzierung. Und die Autobahn hatte mächtige Feinde: Die Reichsbahn fürchtete eine lästige Konkurrenz und die Luftwaffe dachte an feindliche Flieger, die eine besonders gute Orientierung erhalten würden, was sich beides bewahrheiten sollte.²⁰ Auch der Reichsverband der Automobilindustrie war skeptisch und bevorzugte Investitionen in bestehende Straßen, auch weil er nach italienischem Vorbild keine Autostraßen mit hohen Nutzungsgebühren wünschte.

Bei schlimmer Wohnungsnot und Armut ausgerechnet Autostraßen für die reichsten 0,7 Prozent zu bauen statt Häuser, wäre elitäre Klientelpolitik gewesen.²¹ Im Wahlkampf war jedoch eine andere Klientelpolitik das Hauptthema: der Panzerkreuzer A und seine Finanzierung. Die SPD gewann die Reichstagswahl 1928 mit dem Versprechen, die Wünsche des Militärs nach einer neuen Generation von Schiffen abzulehnen und die Sozialausgaben nicht anzurühren. Einmal an der Regierung fiel sie um und strich mehreren Millionen Schulkindern das staatlich bezuschusste Essen, um den Panzerkreuzer in Auftrag geben zu können. Mit den 80 Millionen Reichsmark hätte sie auch den Anfang des Autobahnnetzes realisieren können und wäre wahrscheinlich trotz aller Klientelpolitik auf weniger Ablehnung bei den Arbeiter*innen gestoßen als mit der Vorbereitung des nächsten Krieges. Die KPD scheiterte daraufhin mit einem Volksbegehren gegen den Bau von Kriegsschiffen. Die Deutschen waren scheinbar schon ermüdet, und die Listen mit den Namen in der Abstimmung waren öffentlich und man fürchtete Repressalien. Der Panzerkreuzer wurde 1931 fertig gestellt und erhielt den passenden Namen »Deutschland«. Er kämpfte 1936 für Franco und half dem spanischen Faschismus zum Sieg über die demokratische spanische Republik.

Die Mehrheit der Arbeiter*innen wollte Arbeit, Brot und Wohnungen. Die konservativen Wähler*innen wollten Stabilität und ein Ende der »Schmach von Versailles«, dem Friedensvertrag, der den Ersten Weltkrieg beendete, und endlich wieder eine Flotte.²²

20 K. Lärmer: Autobahnbau in Deutschland 1933 bis 1945.

21 Im Sommer 1929 waren 433.205 Personenautos registriert, abzüglich der Omnibusse waren es 422.612 PKW (davon 100.301 ausländischer Produktion). Bei 62,4 Millionen Einwohnern (ohne Saar) macht das eine Autoquote von 0,007 %. Vgl. Statistisches Reichsamts: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930. (Neunundvierzigster Jahrgang) 1931, www.digizeitschriften.de/dms/img/?PID=PPN514401303_1929%7Clog20 vom 26.07.2021, S. 158.

22 Siehe hierzu exemplarisch den Dialog in der U-Bahn im Film Kuhle Wampe von Berthold Brecht und Hans Eisler, 1932.

Von Autos träumten diese Deutschen noch nicht. Damit wäre für keine Partei ein Wahlkampf zu gewinnen gewesen. Aus der Bevorzugung des Schiffbaus vor der Autobahn folgt, dass letztlich die Interessen des Militärs über die der Städte und Bauwirtschaft triumphierten. Autobahnen wurden erst gebaut, als sicher war, dass sie nicht auf Kosten der Rüstung gehen würden. Ob die ursprüngliche HaFraBa ein geschickt lanciertes Friedenswerk war, dass rechtzeitig zur Fürstenenteignung dem Panzerkreuzer zuvorkommen sollte, wissen wir nicht und werden es wohl nach Stand der Quellenlage auch nie erfahren. Die Frage wäre möglicherweise aktuell geworden, wenn die SPD gegen die Panzerkreuzer-Fraktion nicht umgefallen wäre. In dem Fall hätte die Weimarer Republik das erste Autobahnnetz der Welt bauen können.

Die SPD machte mit dem Kreuzer weiter, wo sie 1914 begonnen hatte. 1929 ließ sie die Polizei auf die Arbeiter*innen im Berliner »Blutmai« schießen. Dass sie sich 1932 und noch 1933 einer antifaschistischen Einheitsfront mit der (spät zur Vernunft gekommenen) KPD verweigerte, war der letzte Sargnagel für die Demokratie. Die Frage muss daher lauten, ob die SPD einen einzigen schweren Fehler ausgelassen hat, um die Weimarer Republik und im letzten Akt endlich sich selbst in den Abgrund zu führen.²³

Hitler – der berechenbare Staatsmann

Hitler änderte seine Meinung als Kanzler zugunsten von Auto und Autobahn im Februar 1933 aus rationalen Gründen:

- 1) Die Unterstützung der Industrieelite war zum Zünglein an der Waage geworden, hinter die die Beliebtheit bei den Massen zurücktreten musste und konnte.
- 2) Es galt deshalb, sich *diesem* Publikum in der finalen Probezeit von vier Wochen bis zur Reichstagswahl am 5. März als verlässlicher Diktator zu zeigen.
- 3) Dafür war es nötig, die völlige Bedeutungslosigkeit des proletarischen, »linken Flügels« der NSDAP zu beweisen.
- 4) Die Vertreter*innen der Wirtschaft hatten sich schließlich arrangiert mit der Aussicht auf eine Diktatur von NSDAP und DNVP. Jedoch war ihnen nur eine NSDAP ohne den von ihnen gefürchteten linken Strasser-Flügel akzeptabel.
- 5) Die groß gedachte Förderung eines elitären Luxus wie der Autobahn konnte als Distanzierung, wenn nicht gar als Beleidigung gegen die proletarische Basis und den linken Flügel verstanden werden.
- 6) Die Pläne für die HaFraBa und ein keynesianisches Wirtschaftsprogramm zur Arbeitsbeschaffung und Konjunkturbelebung waren fertig ausgearbeitet. Sie zu kombinieren war naheliegend. Beide umsetzen zu wollen, signalisierte Verlässlichkeit und nicht-Einmischung in die Autonomie der Wirtschaftsexperten.
- 7) Die Zeit der kleinen Schritte sollte vorbei sein. Hitler hieß groß Scheitern oder groß Siegen und das Autobahnprogramm war dieser Wille in der Wirtschaftspolitik.

23 Klaus Gietinger: November 1918: Der verpasste Frühling des 20. Jahrhunderts (= Nautilus Flugschrift), Hamburg: Edition Nautilus 2018.

Die Massenbasis hatte ihre letzte Rolle zur Erlangung der Diktatur noch nicht zu Ende gespielt, denn es galt noch die letzte Reichstagswahl am 5. März 1933 zu gewinnen und das Ermächtigungsgesetz zu beschließen. Aber die Phase der Gewinnung einer großen Wähler*innenschaft als erstes Ziel war zu Ende. Auf die Massen hinter ihm gestützt hatte Hitler das Placit vieler führender Kreise aus Industrie und Militär für die Kanzlerschaft bekommen, aber scheinbar 1932 noch nicht alle, sonst hätte Hindenburg ihn schon im November statt von Schleicher zum Kanzler ernennen können. Erst als auch Schleicher gescheitert war, drängte die Industrie Hindenburg ganz offen in der »Industrielleneingabe«, Hitler endlich zum Kanzler zu machen. Das war zwar, wie Turner schreibt, nur die zweite Reihe der Industrie, aber wie sich an den Parteispenden am 20. Februar zeigte, war auch die erste Reihe überzeugt, dass es nur noch mit Hitler ginge. Man hatte es mit zwei Diktatoren versucht und beide waren gescheitert. Das »Kabinett der Barone« vom Juli 1932 unter dem Kanzler von Papen war eine Mischung aus Wirtschafts- und Militärdiktatur. Papen lieferte der Industrie was sie wollte, Zerschlagung der Arbeiter*innenrechte, Sozialkürzungen, Lohndumping. Er war in der Masse der Bevölkerung unbeliebt und hat sich schließlich sogar mit dem rechten Zentrum überworfen, womit ihm als letzte Stütze der Macht nur noch die Reichswehr verblieb. Die hörte auf den Präsidenten Hindenburg und der hatte Papen per Erlass zum Kanzler, genauer genommen zum Diktator, ernannt, ohne jegliche Konsultation des Parlaments. Da er sich ohne Hindenburg und Reichswehr nicht hätte halten können, wie die meisten Historiker*innen finden, könnte das Deutschland der zweiten Jahreshälfte 1932 strenggenommen als Militärdiktatur bezeichnet werden.²⁴

Knickerbocker war im Namen des Big Business zufrieden mit Papen:

»In der kurzen Zeit, in der sie am Ruder ist, hat die Regierung Papen: die sozialistischen Regierungsmitglieder Preußens nach Hause geschickt, den Reichstag nach Hause geschickt, die Demokratie verworfen, die Monarchie hinausgeschoben, sich positiv zum Privatkapitalismus bekannt, Hitler abgelehnt, die ersten Schritte dazu getan, aus Hitlers Privatarmee eine Volksmiliz zu machen, zwei Milliarden Reichsmark auf die deutsche Erholung gesetzt, das Prinzip der freien Lohnabmessung wieder eingeführt, die Stellung der Gewerkschaften erschüttert, die Arbeitslosenunterstützung reduziert, die Regierungsausgaben herabgesetzt, die Verwaltung vereinfacht, die ersten Schritte getan, die das Aufgehen Preußens im Reich einleiten.«²⁵

Papen sorgte dafür, dass die Löhne bis zu 30 Prozent fielen, kürzte die Sozialhilfe und stürzte noch mehr Arbeiter*innen ins Elend. Knickerbocker meinte dazu: »Es war ein trauriger Anblick für die Demokratie, als Kanzler Papen vor den letzten Reichstag trat und auf das Pult des Präsidenten das rote Kuvert legte, das die Verordnung zur

24 Reiner Zilkenat: Hindenburg beruft Franz von Papen am 1. Juni 1932 zum Reichskanzler. Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, <https://dasjahr1933.de/eine-diktatur-auf-nationaler-grundlage-fuehren-hindenburg-beruft-franz-von-papen-am-1-juni-1932-zum-reichskanzler/vom-26.07.2021>.

25 H. R. Knickerbocker: Kommt Europa wieder hoch?, S. 199.

Auflösung des Parlaments enthielt. Es mag in der Tat das Ende der Republik gewesen sein. Das Ende Deutschlands war es ganz entschieden nicht.«²⁶

Das Ende der Republik war es in der Tat, denn Papen blieb nicht bei der Auflösung des Parlaments stehen. Er setzte auch die noch von der SPD dominierte Regierung in Preußen und damit im »roten Berlin« am 20. Juli 1932 durch einen Putsch ab, unterstellte Preußen dem Diktat der Reichswehr und Verbot zahlreiche Bürgerrechte, womit faktisch eine Militär-Junta installiert wurde. Berlin als Bollwerk gegen Papens, aber auch jede andere auf das Militär gestützte Diktatur war damit weitgehend neutralisiert. Die Berliner SPD ließ es sich nicht nehmen, schon vier Tage vor dem dann als »Preußenschlag« bezeichneten Staatsstreich zu erklären, auf ihre Regierungsgewalt über die Polizei zu verzichten und keinen Widerstand leisten zu wollen. Statt am 20. Juli wenigstens noch einen Generalstreik auszurufen und sich auf ihre paramilitärische Organisation »Reichsbanner schwarz-weiß-rot« zu stützen, hielt sie still und konnte sich nur entschließen, am 21. Juli eine juristische Klage beim Reichsgericht einzureichen. Die blieb jedoch bis zum 30. Januar 1933 unentschieden. Wieder einmal hatte die Sozialdemokratie getan, was Rosa Luxemburg zwei Jahrzehnte früher als »revolutionäres Warten« verspottet hatte. Selbst Knickerbocker konnte das trotz seines Versuchs, gutmütig auf Deutschland zu blicken, nicht anders als mit Häme kommentieren, und wir können nur vermuten, dass wohl viele Zeitgenoss*innen ähnlich fühlten über diese verheerende Verbindung aus Dummheit und Feigheit.

»Unter der Regierung Papen brachte ein Reichswehrleutnant mit fünf Mann im Verlauf einer Stunde zuwege, was den vereinigten Kräften der Fabrikantenvereinigung und sämtlicher Bankiers und Wirtschaftler Deutschlands ein ganzes Jahrzehnt hindurch nicht gelungen war. Das Militär warf die sozialistischen Regierungsmitglieder buchstäblich aus dem Amt heraus. Dreizehn Jahre im Amt hatten die Sozialisten weich gemacht. Es standen ihnen 60 000 Mann preußischer Polizei und eine Unmenge legaler Berechtigungen zur Verfügung, um an der Macht zu bleiben, aber sie erlagen unter dem Streich. Nicht eine einzige Gewerkschaft unternahm etwas für einen Generalstreik. Nicht ein Pieps war von der republikanischen »Eisernen Front« zu hören. [...] Sie [die Sozialdemokrat*innen in Preußen] retteten Deutschland vor dem Bürgerkrieg, aber sie verloren es für die organisierte Arbeiterschaft. Die Tarifverträge, die bisher Gesetzeskraft hatten [...] existierten praktisch so gut wie nicht mehr.«²⁷

Selbst das konnte Knickerbocker noch positiv sehen, denn er glaubte in Mussolinis Italien ein glückliches Land besucht zu haben und sein Buch liest sich insgesamt wie ein großes Plädoyer für einen italienischen Faschismus, in dem letztlich auch die Arbeiter*innenbewegung ihren kleinen Platz in aller Bescheidenheit erhält.²⁸

Der Putsch gegen die preußische Regierung durch die Hindenburg-Papen-Diktatur hinterließ ein Machtvakuum in Preußen, das bis zur Ernennung Görings als preußischer Innenminister am 30. Januar 1933 bestehen blieb. Somit war schon im Juli 1932

26 Ebd., S. 203.

27 Knickerbocker, ebd.

28 Er zeigte sich begeistert von der Berufung des radikalen Syndikalisten Edmondo Rossoni zum Unterstaatssekretär Mussolinis. Derselbe, S. 96f.

der Beginn des Staatsstreichs. Viele Konservative waren damit jedoch nicht unglücklich, da sie endlich Demokratie und Parlamentarismus überwinden wollten. Knickerbocker brachte viele ökonomisch vernünftige Gründe vor, warum der »Papenplan« eine Chance auf eine Erholung der deutschen Wirtschaft und damit einer Erholung ganz Europas sei. Nur so könnte Europa endlich wieder in eine Wachstumsphase übergehen und unter anderem die Schulden bei den Gläubigern in den USA bedienen. Für ihn ermöglichte Papens Diktatur »dem Reich einen großen Vorsprung in dem Rennen nach der Prosperität.«²⁹ Die Säulen der Gesellschaft, die einen General von Papen stützen, hatte George Grosz in einem großen Gemälde prophetisch 1926, zufällig dem Jahr der Erfindung des Autobahnnetzes, in einem Pessimismus dargestellt, den Knickerbocker eben für typisch europäisch und am meisten typisch deutsch abtat. Die dort gezeigten waren: Richter, Journalist, bürgerlicher Burschenschaftler, deutschnationaler Patriot, Nazi-Jurist und Militärs. Sie sind kein erfreulicher Anblick und gaben so gar keinen Anlass zum Optimismus. Knickerbockers aufrichtige, wohlwollende und nur etwas konservativen Geschäftsleuten sind bei Grosz nicht zu erkennen. Links im Bild brennt schon ein Haus wie 1933 der Reichstag und 1938 die Synagogen. Der nationalkonservative Mann rechts trägt ein Schild »Sozialismus ist Arbeit« in Vorwegnahme von Hitlers »Arbeit adelt« und »Arbeit macht frei«.

Doch man hatte sich verrechnet. Selbst nach dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932 gegen die preußische SPD-Regierung konnten Streiks nicht verhindert werden. Die Berliner Verkehrsarbeiter*innen streikten kurz vor der Parlamentswahl im November erfolgreich für besseren Lohn. Damit wurde deutlich, dass Papens Kabinett der Barone zwar drakonische Gesetze erlassen, aber sie mit der Reichswehr allein nicht durchsetzen konnte. Sein Versuch einer – heute würde man sie radikal-neoliberal nennen – Wirtschaftsdiktatur war gescheitert.

Die Chefetagen der Industrie konnten damit nicht glücklich sein, denn der erfolgreiche Streik führte zu einem Stimmenzugewinn für die KPD und einem Verlust für die NSDAP. Der NSDAP hatte es nichts genützt, diesen wie mindestens einen weiteren Streik von Kohlearbeiter*innen unterstützt zu haben. Sie konnte, wie Ulrich Schneider schreibt, gar nicht anders als beim Streik mitzumachen, um sich unter der Arbeiter*innenschaft nicht völlig unglaubwürdig zu machen.³⁰ Noch behauptete sie ja sehr lautstark, eine Arbeiterpartei zu sein.

29 Ebd., S. 188.

30 Ulrich Schneider: Zur geschichtspolitischen Aktualität des 30. Januar 1933. Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, <https://dasjahr1933.de/zur-geschichtspolitischen-aktualitat-des-30-januar-1933/vom-26.07.2021>.

Abb. 25: Das Ölgemälde von Georg Grosz mit dem Titel »Stützen der Gesellschaft« zeigt eine schon halb-faschistische für Hitler bereite Republik von 1926.



Im November 1932 war die Weimarer Republik offensichtlich am Ende. Begonnen hatte es schon mit Brüning 1930. Der machte sich bei manchen unbeliebt, als er die SA verbieten ließ und immer wieder Kompromisse mit der SPD eingehen musste. Ohne SPD und auch ohne NSDAP blieb aber keine Mehrheit im Parlament, es blieb nur eine

Art Militär-Junta mit dem greisen Hindenburg. Aber auch darauf konnte man sich nicht mehr verlassen, denn nach dessen Tod wäre diese Konstruktion wie ein Kartenhaus zusammengefallen, und 1932 war er bereits 85 Jahre alt. Zudem hatte er die Präsidentschaftswahl im April 1932 mit hauchdünner Mehrheit gewonnen und konnte selbst die rechten Kräfte der Republik nur noch mit Mühe und Not zusammenhalten. Hier hatte Hitler schon 37 Prozent bekommen und gezeigt, dass er der bessere Präsident sein könnte. Noch sträubten sich die Ruhrbarone dagegen, ihren Einfluss an eine Diktatur abzugeben und versuchten es also mit von Papen. Der konnte nicht regieren, weil, wie Gregor Strasser wohl zutreffend sagte, »die Menschen, die dahinter stehen nicht daran glauben.«³¹ Weitere soziale Einschnitte verhießen weitere Streiks und eine Stärkung der KPD. Doch KPD und Gewerkschaften wollten viele in der Chefetage ein für alle Mal loswerden.

Zwischen Papen und Hitler kam ein weiterer Militär und Aristokrat, von Schleicher. Auch der wurde von Hindenburg per Erlass ohne Parlament eingesetzt und war faktisch eine Fortsetzung der Diktatur der Reichswehr. Sein Plan war gleichwohl ambitioniert und hätte mit einigen Wendungen vielleicht aufgehen können. Dass sich nur auf Bajonetten schlecht sitzen lässt, wie Goebbels im September in seinen »Goldenen Worte für einen Diktator und für solche, die es werden wollen« ermahnte, war für alle Welt offensichtlich geworden.³² Schleicher versuchte zu bekommen, was Papen hatte entbehren wollen, eine gewisse Massenbasis. Er versucht sie zu finden mit dem Gewerkschaftsbund (ADGB) und dem »linken Flügel« der NSDAP. Ungefähr die Hälfte der NSDAP-Reichstagsabgeordneten (60 bis 100 von 196 insgesamt) sollen bereit gewesen sein, Hitler abzusetzen und Strasser zu folgen.³³ Strasser war der kluge Kopf hinter der erfolgreichen Organisation der mehr als 800.000 Parteimitglieder und für »bürgerlich-konservative Politiker bis hin zu etlichen Gewerkschaftsvertretern« nicht nur »ministrabel« sondern »zu der möglichen Integrationsfigur geworden, die einen »dritten Weg« zur Rettung Deutschlands aus der Notlage von 1932 aufzeigte.«³⁴ Schleicher pokerte hoch und bot Gregor Strasser am 3. Dezember das Amt des Vizekanzlers und preußischen Ministerpräsidenten an. Beide dürften gewusst haben, dass es um alles ging, doch Strasser scheint gezögert zu haben, statt anzunehmen und in der NSDAP gegen Hitler offen zu putschen, fuhr er plötzlich auf eine längere Reise nach Italien und nahm die Vizekanzlerschaft nicht an. Die genauen Umstände sind nicht bekannt geworden.³⁵

31 Vgl. Strasser, Gregor, in: H. R. Knickerbocker: Kommt Europa wieder hoch?, S. 207.

32 Goebbels, Joseph, in: Der Angriff, Nr. 173, 1.9.1932.

33 »Udo Kissenkoetter: *Gregor Strasser und die NSDAP*. DVA, Stuttgart 1978, S. 174. In Anlehnung an Schätzungen in Memoirenwerken von Otto Strasser: *Exil*. Selbstverlag, München 1958, S. 65 und Franz von Papen: *Der Wahrheit eine Gasse*. List, München 1952, S. 244. Nach einer Mitteilung des Gauleiters Kaufmann an Kissenkoetter war am 7./8. Dezember 1932 zudem die Mehrheit der Gauleiter bereit, eine Namensliste zugunsten Strassers zu unterzeichnen, um dessen Stellung gegenüber Hitler zu stärken.« Wikipedia (Hg.): Gregor Strasser 2021, https://de.wikipedia.org/wiki/Gregor_Strasser#cite_note-54 vom 26.07.2021.

34 Udo Kissenkoetter: *Gregor Strasser und die NSDAP*. Stuttgart 1978, S. 282. Zitiert in ebd.

35 Ebd.

Die Episode endete so statt mit der Regierung, mit der Zerstörung des proletarischen Flügels der NSDAP. John Heartfield spottete in der »Arbeiter Illustrierten Zeitung« (AIZ) über Strassers Italienreise in der Karikatur »Kleiner SA-Mann, was nun?« Dass es fast zu einem Putsch gegen Hitler gekommen war, wussten Heartfield und die Öffentlichkeit nicht.

Fünf Tage später, am 8. Dezember, gelang es dem Flügel um Hitler, Strasser zum Rücktritt von allen Ämtern zu zwingen. Der Historiker Ian Kershaw vertritt die These, das Thema der Partei-internen Opposition sei damit erledigt gewesen. Dem steht allerdings entgegen, dass Hitler am 30. Juni 1934 nicht nur Röhm, sondern auch Strasser als mögliche Konkurrenten ermorden ließ. Wäre es zu einem Bündnis Strasser-Schleicher gekommen, wäre die NSDAP gespalten gewesen, und möglicherweise hätte diese Regierung eine ausreichend stabile Massenbasis für die »römische Variante« eines gemäßigten Faschismus gehabt. Strasser und Schleicher hätten dann wahrscheinlich zunächst einen Bürgerkrieg mit der SA und Reichswehr gegen die Truppen von Göring und Hitler führen und gewinnen müssen. Ausschlaggebend wäre natürlich die Reichswehr gewesen, hätte sie sich eingemischt. Dass deutsche SS'ler auf reguläre deutsche Soldaten schießen, wird für die Aristokraten an der Spitze der Reichswehr keine erfreuliche Vorstellung gewesen sein. Erst zwölf Jahre später sollte es dazu in den letzten Kriegswochen kommen. Mit Hitlers absolutem Anspruch auf die Macht als alleiniger Diktator und genügend Fanatikern hinter ihm wäre einem Strasser-Schleicher-Pakt letztlich nichts anderes übriggeblieben, als ihn zu töten, bevor es andersherum hätte kommen können. Es werden wahrscheinlich solche Überlegungen gewesen sein, die nicht nur Strasser, sondern auch viele Unterstützer in Militär, Wirtschaft und Politik haben zögern lassen, die Chance zu ergreifen. Dass das eine Verschwörung war, steht außer Zweifel. Die ganze Episode von Papen bis Hitler war die Stunde der Verschwörungen und es ist nicht mehr möglich, die Fäden ganz auseinander zu halten. Was wir wissen ist: die Kraft zur Spaltung der NSDAP reichte nicht aus, während die führenden Kreise nur zwei Monate später geschlossen hinter Hitler standen.

Abb. 26: Karikatur von Heartfield in der AIZ im November 1932 zur Absetzung Gregor Strassers durch Hitler.



Das war der letzte Versuch eines Teils des Establishments, die Demokratie zu überwinden, aber es ohne Hitler zu schaffen. Kurt Pätzold schreibt: »Gegen Ende 1932 waren die denkbaren Alternativen für eine Lösung ohne Hitler aufgebraucht, ausgenommen die Etablierung einer Militärdiktatur.«³⁶ Der Stimmenverlust der NSDAP gegenüber der Juliwahl und das Scheitern Schleichers veranlasste 22 Vertreter aus Schwerindustrie, Großlandwirtschaft, Handel, Schifffahrt und Banken zur Industrielleneingabe. Die wichtigsten Namen fehlen, aber das heißt nicht, dass sie die Eingabe nicht guthießen und sich im Hintergrund hielten. Hindenburg wurde aufgefordert, endlich »dem Füh-

36 Kurt Pätzold: Die Gunst der Stunde. Wie Hitler an das Staatsruder kam – für die Eliten kein Maßanzug, aber tragbar. Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, <https://dasjahr1933.de/die-gunst-der-stunde/vom-26.07.2021>.

rer der größten nationalen Gruppe« die ›Leitung eines mit den besten sachlichen und personellen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts« zu übertragen«. ³⁷

Mit der Entscheidung des Kampfes zwischen Strasser-Flügel und Hitler-Flügel war nun eine Situation eingetreten, die die NSDAP regierungsfähiger machte als noch im Sommer. Eine Regierung der NSDAP hieß nun für Industrie und Banken nicht mehr, Experimente mit der Gewerkschaft, Arbeiter*innenbewegung und am Ende Steuererhöhungen fürchten zu müssen. »So stieg Hitlers Kurswert, wiewohl viele seiner Anhänger – insgesamt zwei Millionen – der Fahne mit dem Hakenkreuz im zweiten Halbjahr 1932 wieder den Rücken gekehrt hatten.« ³⁸

Mit der Drohung einer Wendung der NSDAP Richtung ADGB scheinen sich die letzten Bedenkenträger in Wirtschaft und Militär entschieden zu haben, die Kröte Hitler zu schlucken. Was für Strasser gesprochen hatte, war dessen Bescheidenheit mit der halben Macht. Strasser suchte den Kompromiss mit den alten Eliten (ein wenig ähnlich wie Mussolini). Die Gruppe um Goebbels und Hitler waren Maximalisten, die die ganze Diktatur wollten oder gar nichts. ³⁹

In Knickerbockers Worten klingt die subtile Empfehlung für Hitler so:

»Sooft die Geschäftsleute Angst vor den Nazis bekommen, haben sie Angst vor Gregor Straßer. Soofter ausländische Banken besorgt fragen, ob es den Nazis mit ihrem Sozialismus wirklich ernst sei, beziehen sich ihre Fragen auf Herrn Straßer. Die Ansichten Adolf Hitlers glauben sie zu kennen. Ihn halten sie für ungefährlich. Herrn Straßers sind sie nicht sicher. In diesem großen, blonden, geraden Mann verkörpert sich für die besagten Kapitalisten in Deutschland eine dunkle Drohung.« ⁴⁰

Strasser hatte noch im Frühjahr im Reichstag von der »große[n] antikapitalistische[n] Sehnsucht« gesprochen und sagte Dinge, die den Autobesitzer*innen der Republik nicht gefallen konnten. ⁴¹

Dennoch dementierte selbst Strasser im Interview mit Knickerbocker nicht weniger eifrig als Hitler in elitären Kreisen seine sozialistischen Reden im Reichstag. Knickerbocker war zufrieden:

»Diese Erklärungen Gregor Straßers sind von entscheidender Bedeutung für jedes Urteil über die Möglichkeiten Deutschlands, wieder hoch zu kommen. Sie bedeuten, daß Deutschland innerhalb des kapitalistischen Systems bleiben wird. Sie bedeuten, daß

37 Eingabe an den Reichspräsidenten vom 19.11.1932. Reinhard Sturm: Zerstörung der Demokratie 1930–1933. Zitiert nach Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes: Regierungsübertragung auf die NSDAP, <https://dasjahr1933.de/regierungsuebertragung-auf-die-nsdap/vom-26.07.2021>.

38 K. Pätzold: Die Gunst der Stunde.

39 Joseph Goebbels, Goldene Regeln für einen Diktator und solche, die es werden wollen.

40 Knickerbocker, S. 205.

41 »Wenn der Verteilungsapparat des weltwirtschaftlichen Systems von heute es nicht versteht, den Ertragsreichtum der Natur richtig zu verteilen, dann ist dieses System falsch und muss geändert werden um des Volkes wegen. [...] Diese große antikapitalistische Sehnsucht ist ein Beweis dafür, dass wir vor einer ganz großen, vor einer grandiosen Zeitenwende stehen: die Überwindung des Liberalismus und das Aufkommen eines neuen Denkens und einer neuen Einstellung zum Staat. [...]« Aus der Rede im Reichstag am 10. Mai 1932: Verhandlungen des Reichstags, Band 446, 62. Sitzung 1932, S. 2511. Zitiert nach R. Zilkenat.

Deutschland, wenn es sich erholt, sich im kapitalistischen System erholen wird. Sie bedeuten, daß Deutschland nicht sozialistisch, noch weniger kommunistisch werden wird, weder jetzt noch innerhalb der heute zu übersehenden Zukunft. [...] Und wenn eine andere Regierung kommen sollte, könnte man sie sich nur von drei Parteien gebildet vorstellen: den Deutschnationalen, dem Zentrum, den Nationalsozialisten. Die Sozialdemokraten kommen nicht in Betracht, vielleicht für lange Zeit nicht. Die Kommunisten sind noch niemals in Betracht gekommen. [...] Und heute ergibt sich mit aller Deutlichkeit, aus den Erklärungen des Herrn Straßer, daß der Kapitalismus von den Nationalsozialisten nichts zu fürchten hat.«⁴²

Gleichwohl waren auch von Goebbels unter anderem in seinen »goldenen Worte« Töne zu hören, die die Mercedes-Fahrer*innen aufhorchen lassen mussten:

»5. Höchste Pflicht des Diktators ist die soziale Gerechtigkeit. Hat das Volk das Gefühl, dass die Diktatur nur die Repräsentanz einer dünnen Oberschicht ist, die mit ihm eigentlich gar nichts zu tun hat, dann wird es den Diktator als feindlich und hassenswert empfinden und ihn über kurzem zum Sturz bringen.«⁴³

Angst vor dem Deutschen Sozialismus

Die Rede Hitlers im Januar 1932 im Industrieclub Düsseldorf erregte scheinbar zum ersten Mal große Aufmerksamkeit. Schon vorher hatte es viele solche Auftritte gegeben, aber ohne, dass sie bekannt geworden sind. Diese wuchsen für die Partei zu einem immer größeren Skandal aus (weil SPD und KPD ihn dazu machten) und wurden für die NSDAP im Wahlkampf gegen Hindenburg in der Präsidentenwahl im April zur Hypothek. Es blieb ihr nichts übrig, als sich so gut es ging zu distanzieren und ihren deutsch gefärbten Antikapitalismus wieder stark zu betonen. Den Auftakt zur scharfen Linkswende der NSDAP im ganzen Jahr 1932 gab ein Communiqué in der ersten Februarrowoche im Anzeiger des Reichstags. Die Nazis bekannten sich klar zum 8-Stundentag, zum Streikrecht, zu Gewerkschaft und Tarifvertrag.⁴⁴ So ging es das Jahr weiter, bis im Herbst die Beziehung zwischen Partei und Chefetage der Industrie wohl tatsächlich abkühlte. Turner fasst dies so zusammen:

»The attitude of the business press towards the NSDAP cooled still further under the onslaught of that party's radical campaign. The rightist *Deutsche Allgemeine Zeitung* of Berlin expressed alarm at reports of a speech in which Gregor Strasser advocated a ›German Socialism‹. The socialist Strasser, the paper noted, demanded a state takeover of all financial and credit institutions, well aware that such a move would give the government so much power over the economy that it would, in effect, meant state socialism. The bourgeois friends and voters of the NSDAP could hardly find edifying Nazism's open commitment to the goal of socialism, the DAZ editorial concluded. In Düsseldorf the *Deutsche Bergwerkszeitung* observed in the midst of the election campaign that

42 Strasser in: H. R. Knickerbocker: Kommt Europa wieder hoch?, S. 205.

43 Goebbels 1932.

44 H. A. Turner: German big business and the rise of Hitler, S. 217f. und 210.

if a reader did not immediately recognize a Nazi newspaper from its masthead, he would often have difficulty deciding whether what he read had been written by a Communist, a Social Democrat, or a Nazi.«⁴⁵

Die Deutsche Bergwerkszeitung, ein weiteres Zentralorgan des Kapitals, wurde das ganze Jahr 1932 nicht müde, über die sozialistischen Töne der Nazis im Ton der Enttäuschung zu klagen.⁴⁶

Zwar versicherten Hitler und seine zwei Verbindungsmänner zur Wirtschaft, Schacht und Keppler, hinter verschlossenen Türen jedem, der es hören wollte, dass man es auf keinen Fall so meine und der Köder nur dem Fisch schmecken müsse und nicht dem Angler. Aber die »business community«, wie Turner sie vorstellt, wurde im Laufe des Jahres vom Frühjahr bis zum Herbst doch immer skeptischer, da die antikapitalistischen Töne der Partei immer schriller wurden, statt sich zu mäßigen. Der einfache Grund war, dass die Wirtschaftskrise immer schlimmer wurde, die Arbeitslosigkeit unaufhaltsam stieg und die Wut auf die Regierungen Brünings und Papens immer größer wurde. Die Stimmung scheint tatsächlich gegen den Kapitalismus gewesen zu sein und die NSDAP musste sie aufnehmen, um als Volkspartei weiter zu wachsen. Parolen wie »Nieder mit der Herrschaft der Geldsäcke« gegen Papens »Klassenkampfpartei des Kapitalismus« konnten den Herrenclubs nicht gut gefallen, denn das waren schon zunehmend Drohungen gegen ihr Eigentum.⁴⁷

Hitler verkündete gar am 5. April im Wahlkampf gegen Hindenburg und dessen Günstling Brüning: »Ich bin ein Sozialist [...]«. ⁴⁸ Er erhielt beachtliche 37 Prozent der Stimmen und Hindenburg kam nur knapp mit einem blauen Auge und der knappen Mehrheit davon. Vor elitärem Publikum im »Münchener Herrenclub« nahm Hitler wie üblich wieder alles zurück und sprach ganz als Feind jeden Marxismus. Göring, ebenfalls vom rechten Flügel, sekundierte mit ähnlichen Dementis kurz darauf vor 100 bis 150 Mitgliedern des Dortmunder Industrieclubs.⁴⁹

Die Türen der Herrenclubs und Industriellenvereinigungen standen für Hitler scheinbar fast immer offen. Man hörte ihm zu, blieb aber skeptisch. Eine weitere Sorge war die Forderungen nach Autarkie der deutschen Wirtschaft, Sozialisierung von Schlüsselindustrien und staatlichen Eingriffen. Siemens und andere Exportorientierte Zweige hätten um ihr Auslandsgeschäft fürchten müssen. Um mäßigende Töne und eine Verständigung mit der Partei bemühte sich der Ex-Zentralbankchef Hjalmar Schacht. Ein Vertreter der Harzburger Front, Paul Reusch, warnte jedoch davor, den Beteuerungen Schachts zu viel Glauben zu schenken, und Lammers warnte im Reichsverband der Industrie am 24. Juni angesichts der schrillen anti-kapitalistischen Töne im Wahlkampf für die Juli-Wahl vor der ökonomischen Politik der NSDAP.⁵⁰

45 DAZ: »Unsere Meinung«, 23. Oktober 1932, No. 499 und DBZ: »Die Woche«, 16. Oktober 1932, No. 244. In: ebd., S. 279f.

46 Ebd., S. 218f.

47 William S. Allen: The Nazi Seizure, S. 134. Zitiert nach ebd., S. 279.

48 Hitler am 5.4.1932: Mein Programm, VB no. 96. Zitiert nach ebd., S. 249.

49 Ebd., S. 250.

50 Ebd., S. 251f.

Diese Schizophrenie von Wahlkampf von links und Abschwören in Herrenclub-Auftritten zieht sich über das ganze Jahr 1932. Turner beschreibt auf hunderten Seiten eine endlose Zahl von Treffen zu zweit, zu viert, in kleinen und großen Herren- und Industrieklubs und immer ist es dasselbe Muster: Hitler verspricht die Gewerkschaften zu zerschlagen, den Marxismus zu zerstören, was nur heißen konnte, die SPD, KPD und den ADGB zu zerstören. Dass er es mit seinen SA- und SS-Truppen konnte, wusste man. Nur ob er es und seine Partei auch geschlossen wollte, das wollte man gerne hören. Auch musste er sich erklären, wie die Autarkie vom Weltmarkt gehen sollte, ohne dass das Auslandsgeschäft zusammenbrach, denn Zölle auf den Import hätten andere Länder mit gleicher Münze heimgezahlt. Tage später sagte er das Gegenteil davon im Reichstag oder auf Wahlkampfveranstaltungen.

Turner meint, dass das Tischtuch zwischen Partei und Wirtschaft im Herbst fast zerschnitten war. Zumindest was die Finanzen angeht, scheint es, dass die Ruhrbarone Hitler eine kalte Dusche geben wollten. Während einige die NSDAP nachweislich schon seit den 1920er Jahren und so auch im Frühjahr und Sommer 1932 reichlich von der Wirtschaft finanziert wurde⁵¹ scheint das zur Novemberwahl anders gewesen zu sein. Turner geht so weit, die These aufzustellen, dass die NSDAP um zwei Millionen Stimmen eingebrochen wäre, weil schlicht das Geld für den sonst umfänglicheren Wahlkampf gefehlt hätte.⁵² Die Industriellen hätten sich im Laufe des Jahres schließlich zu einer recht homogenen Gruppe zusammengefunden, und sich um vier Uhr nachmittags am 19. Oktober in Berlin zur ihrer ersten »Kardinalversammlung zur Papstwahl« versammelt. Die mächtigsten 21 Männer der Wirtschaft – Ausnahmen waren Thyssen und Hugenberg, die nicht da waren – wählten Siemens zum Versammlungsleiter und beschlossen, für den November gemeinsam die DNVP und nicht die NSDAP zu finanzieren.⁵³ Damit war die Industrie nun fähig, ihre Wahlkampfhilfe gemeinsam zu koordinieren. Die DNVP legte tatsächlich um eine Million Stimmen zu und man war damit zufrieden, die Aktienmärkte feierten das Ergebnis mit starken Zuwächsen.⁵⁴

Von Schleicher – der »soziale General«

Der linke Flügel um Strasser scheint während der herbstlichen Abkühlung von einer anderen Seite mit Geld bedacht worden zu sein. Der jüdische Kohlemillionär Silverberg und Max Schlenker, Vorsitzender des mächtigen Langnamvereins, dem größten Industrieverein des Ruhrgebiets, kamen dem linken Flügel der NSDAP zu Hilfe.⁵⁵ Ob Silverberg den schlimmeren Antisemiten Hitler abwenden wollte oder rein geschäftlich handelte, wissen wir nicht. Schlenker half jedoch nicht nur, sondern schadete dem Projekt der NSDAP-Spaltung mit der Dummheit, ausgerechnet den als wirklich überzeugten Nazi und Antisemiten bekannten Fritz Thyssen gefragt zu haben, ob er in einer Regierung Schleicher-Strasser mitmachen würde. Nicht nur lehnte Thyssen brüsk ab,

51 Ebd., S. 222.

52 Ebd., S. 277.

53 Ebd., S. 293 und 295.

54 Ebd., S. 297.

55 Ebd., S. 300.

gegen seinen Zögling Hitler zu putschen, das anti-Hitler-Komplott dürfte damit auch verraten gewesen sein.⁵⁶ Wie genau Strasser zum Rücktritt bewegt oder gezwungen wurde, ist nicht bekannt. Jedoch war Mord längst eine Währung im politischen Kampf geworden. Selbst Clara Zetkin konnte ihre Ansprache im Reichstag als Alterspräsidentin nur halten, weil sie heimlich hinein- und hinausgeschmuggelt wurde. Die Nazis hatten angekündigt, sie zu ermorden.

Wenn die Chefetage, wie Turner und Knickerbocker meinen, so große Angst vor dem linken Flügel der NSDAP hatte, dann musste sie eine Regierung Strasser-Schleicher fürchten wie ein Kaninchen die Schlange. Im Herbst entpuppte sich Schleicher mehr und mehr als Mastermind hinter der Papenregierung. Er soll es gewesen sein, der letztlich das Ohr des greisen Hindenburg hatte und ihm einflüsterte, Papen zu entlassen und ihn selbst zum Kanzler zu machen. Auch scheint er, wohl um auf Strasser zuzugehen, sich immer weiter links aufgestellt zu haben.

Schon in seiner Radioansprache am 26. Juli gab er sich als Mann einer linken Militärdiktatur. Er sagte, das Heer stehe nicht bereit, um eine »überholte Wirtschaftsform und unhaltbare Vermögensverteilung« zu verteidigen.⁵⁷ Eduard Hamm von der IHK befürchtete daraufhin eine Regierung der Soldaten und Arbeiter. Und das scheint es gewesen zu sein, was von Schleicher im Sinn hatte, als er sich schon als neuer Kanzler als »sozialen General« bezeichnete.⁵⁸

Die Industrie war offensichtlich in höchster Alarmstimmung – was sie das ganze Jahr über befürchtet hatte, schien nun einzutreffen. Sie forderte Schleicher auf, seinen Linksschwenk schnellstens zu unterlassen. Und sie reagierte vorhersehbar mit dem Geldbeutel. Statt weiterhin unkoordiniert an diesen und jenen Gauleiter zu spenden, haben einzelne Ruhrbarone Ende 1932, wahrscheinlich unter dem Eindruck der drohenden Linkswende der Partei, gezielt an deren rechten Flügel gespendet. Flick z. B. einigte sich mit Himmler, nur noch an ihn und seine SS zu spenden. Andere wie Springorum hatten damit schon im März begonnen.⁵⁹ Dass die SS eine Mörderbande war, war bekannt. Aber im Gegensatz zur SA war sie eben eine dem Kapital hörige Bande und hatte keine proletarischen Wurzeln und keinen Pseudosozialismus nötig.

Schleicher ließ sich nicht beeindrucken und stieß die Industriekapitäne mit neuen Gesetzen noch offener vor den Kopf: Die Unverletzbarkeit der tariflichen Arbeitsverträge wurde wieder hergestellt, und statt auf den Privatsektor allein zu vertrauen, sollte ein großes keynesianisches Arbeitsbeschaffungsprogramm Abhilfe schaffen. Wäre der ADGB Schleicher zur Seite gesprungen, hätte die Geschichte vielleicht einen anderen Verlauf nehmen können.⁶⁰

56 Ebd., S. 301.

57 Ebd., S. 305.

58 Von Schleicher am 15. Dezember 1932. In: ebd., S. 308.

59 Vgl. Springorums Brief an Tilo von Wilmonsky vom 22.3.1932. In: ebd., S. 222; zu Flick und Himmler vgl. S. 257.

60 Ebd., S. 305.

Putsch im Putsch

Hindenburg war im Januar immer tiefer in den sogenannten »Osthilfeskandal« verwickelt, der sich zunehmend zu einer echten Bedrohung für seine prekären Finanzen auswuchs. Welche Kreise den Osthilfeskandal auch voranbrachten, sie wussten gut, dass sie Hindenburg damit erpressen konnten. Nach dem Krieg wurde auch bekannt, dass er schon im April Geld aus der Staatskasse gestohlen hatte, um seinen Wahlkampf gegen Hitler zu finanzieren.⁶¹ Berthold Brecht hat diese verworrene Verschwörung in seinem großen Stück über die »Machtergreifung« im Theaterstück »Aufstieg und Fall des Arturo Ui« als Mischung aus Korruption Hindenburgs, einer Mafiabande (der NSDAP) und der guten Gesellschaft der Stadt (Banken und Industrie) dargestellt.

Die Chefetage des Big Business hatte ihre Marschrichtung jedoch schon früh in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« offen dargelegt. Am 23. Januar forderte die DAZ die dauerhafte Auflösung des Reichstags und damit den Verfassungsbruch.⁶² Auch die Nazis hatten sich auf Schleicher eingeschossen und warfen ihm vor, von der IG-Farben gekauft zu sein.⁶³ (Wie üblich waren eher sie es, die gekauft waren, aber es ist freilich nicht auszuschließen, dass Carl Bosch auch Schleicher finanzierte haben könnte.)⁶⁴

Ob mit oder ohne die IG-Farben: Schleicher war im Januar weitgehend isoliert. Die Wiedereröffnung des Reichstags konnte er zweimal verschieben, zuletzt auf den 31. Januar. Bis dahin hätte er sein Arbeiter-Soldaten-Bündnis schmieden müssen. Scheinbar ging es nicht ohne die Chefs von Rein und Ruhr und auch nicht mehr ohne die Nazis. Während Schleicher nicht vorankam gab es weitere Geheimtreffen von Nazis und Hindenburg in Berlin. Für sie tickte die Uhr, sie mussten sich möglichst vor dem 31. Januar einigen und es gelang. Der Reichstag wurde von Schleicher nicht mehr wiedereröffnet, weil einen Tag zuvor am 30. Januar das Kabinett Hitler-Papen-Göring-Hugenberg vom Reichspräsidenten ernannt wurde. Dieses Kabinett war wesentlich stärker als das vorherige, weil nun der Interimszustand in Preußen beendet wurde, indem Göring Innenminister wurde. Dass Hugenberg und die NSDAP sich beteiligten, hieß nichts anderes als die Ausführung des Plans der Harzburger Front für das schwarzbraune Bündnis. Dass die Industrie nicht scharf protestierte, sondern weiterhin fleißig Geld spendete, zeigt, dass man sich mit dem NSDAP-DNVP-Bündnis arrangiert hatte. Warum auch nicht? Angst vor einer Terrorwelle durch Hitler wurde nie geäußert, auch Abscheu vor politischen Morden oder gar vor der Zerstörung der Demokratie war von Industriellenclub und DAZ nie zu hören gewesen. Alle Klagen über die NSDAP blieben rein wirtschaftlicher Natur. Nun mit der endgültigen Ausschaltung des linken Flügels in der NSDAP und der Blamage des scheinbar arbeiter*innenfreundlichen Flügels in der Reichswehr konnte die Gefahr einer Kapital-feindlichen NSDAP-Regierung als überwunden gelten. Wie Knickerbocker angeraten und die Harzburger Front vorbereitet hatten, konnte man nun zur Machtübernahme à la Italia schreiten.

61 Ebd., S. 221.

62 Ebd., S. 311.

63 Ebd., S. 312.

64 Ebd., S. 248f.

Das ganze Kapitel Schleicher-Strasser scheint heute sehr abenteuerlich und kaum mehr realistisch. Es ist immerhin für Historiker*innen ein Glücksfall, dass für die Nürnberger Prozesse später überhaupt so viele handschriftliche Beweise zusammengetragen wurden. Wenn wir aber bedenken, dass so manchem Unterstützer Hitlers 1947 die Todesstrafe drohte, dann ist klar, dass noch viel mehr Briefe und Beweise für immer vernichtet worden sind. Vom Geheimgespräch vor der Reichswehr am 3. Februar blieb eine einzige handschriftliche Notiz erhalten, sonst wäre es gar nicht mehr zu beweisen und die Militärs hätten sich womöglich wie andere später als überraschtes Opfer einer frechen »Machtergreifung« präsentiert.

Hitlers Autobahn-Versprechen

Obwohl er selbst gerne im Mercedes fuhr und überhaupt das Auto die einzige Liebe seines Lebens war, hat Hitler sich für Auto oder Autobahn vor seiner Kanzlerschaft nie öffentlich eingesetzt. Am 11. Februar 1933 änderte er seine Position bei seinem

»erste[n] offizielle[n] Auftritt seit seiner Ernennung zum Reichskanzler und entsprechend aufmerksam wurde dieser von der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen. Hitler nutzte den Festakt, um ein Konjunkturprogramm vorzustellen, dessen Herzstück der Straßenbau und die Automobilindustrie bilden sollten. Großzügige Investitionen in den Bau von Autobahnen, die Abschaffung der Kfz-Steuer sowie die staatliche Förderung des Motorrennsports waren die zentralen Punkte des nationalsozialistischen Motorisierungsprogramms.«⁶⁵

Er wiederholte den Willen zur Autobahn in größerer Öffentlichkeit am 1. Mai auf dem Berliner Tempelhofer Feld für die Anwesenden und die Millionen vor den Radios, jedoch abermals, ohne dass davon ernsthaft Notiz genommen wurde.⁶⁶ (Die Quote von Auto je Bewohner*in lag 1933 bei 0,8 Prozent.⁶⁷)

Viele Historiker*innen können sich nicht recht erklären, wie es zu diesem Umschwung für das Auto kam. Vom Ende aus betrachtet lässt sich natürlich leicht argumentieren, die Autobahn sei ein Propagandaerfolg gewesen und die Deutschen hätten Hitler dafür geliebt. Dass es so kommen würde, war im kalten Berliner Februar 1933 jedoch überhaupt nicht abzusehen. Schon Mussolinis Autostrada war kein propagandistischer Erfolg gewesen, Knickerbocker erwähnte sie nicht einmal. Es war noch nicht einmal absehbar, dass die Autobahn überhaupt ein Ort der Propaganda und, wie Brockhaus es nennt, »das beste Erlebnisangebot des NS« werden würde.

65 Gregor M. Rinn: Das Automobil als nationales Identifikationssymbol. Zur politischen Bedeutungsprägung des Kraftfahrzeugs in Modernitätskonzeptionen des »Dritten Reichs« und der Bundesrepublik 2008, <https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/16453> vom 26.07.2021, 30f.

66 Berndt Engelmann schätzt das Publikum auf 100.000. Andere schätzen wesentlich höher auf bis zu eine Million. Ich halte anhand der Fotos eine niedrigere Zahl für am wahrscheinlichsten, wenn gleich 100.000 zu wenig zu sein scheint, da es so viele schon am Tag des Frontsoldaten des »Stahlhelms« im Herbst 1932 waren. Gleichwohl mögen auch dessen Zahlen übertrieben sein.

67 Statistisches Reichsamt: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933. (Zweihundfünfzigster Jahrgang) 1934, www.digizeitschriften.de/dms/img/?PID=PPN514401303_1929%7Clog20 vom 26.07.2021.

Goebbels hatte in seinen Thesen über die Diktatur empfohlen, sich die öffentliche Meinung gefügig zu machen, aber sich ihr nicht zu fügen.⁶⁸ Bei der Ankündigung der Autobahn handelte Hitler vielleicht erstmals öffentlich gegen die Meinung seiner Anhänger*innen. 99 Prozent besaßen kein Auto und konnten sich auch nicht vorstellen, eines zu besitzen. Einen Wunsch nach »Massenmotorisierung« gab es nicht. In der Weimarer Republik dürfte das das Auto ähnlich unbeliebt wie im schweizerischen Graubünden gewesen sein, als Distinktion und Luxus »müßiger Sportsleute«.⁶⁹ Die Reklame der Zeit richtete sich nicht an den kleinen Mann, die Familie oder die gestresste Frau, die ein Auto dringend benötigte für den Alltag, sondern ganz klar an eine luxusverwöhnte Kundschaft, wie hier ein Plakat für den »Mercedes SS«

Insofern unterscheidet sich das Jahr 1933 sehr deutlich von z.B. den 1960er Jahren, als der Wunsch nach dem eigenen Auto ganz selbstverständlich geworden war. 1933 wohnten bekanntlich Großfamilien in Einraumwohnungen (wie es neuerdings wieder Mode in Berlin ist), die Suppenküchen ernährten einen großen Teil der Bevölkerung und die Sorge um etwas zu Essen und zu Heizen war für viele der fünf bis sechs Millionen Arbeitslosen sehr real. Knickerbocker schrieb: »Für die 5 Millionen Deutschlands ist heute elend gesorgt.«⁷⁰

Jedoch hatte Hitler, was anderen Kanzlern fehlte: großzügigen Kredit bei Banken und Großkonzernen. Dass ihm der Autobahnbau tatsächlich gelang, machte dann erst das Versprechen des KdF-Wagens möglich und für viele glaubhaft. So rühmte Hitler sich zu Recht, dass er das Auto zum Sehnsuchtsort des durchschnittlichen deutschen Mannes gemacht hat. Dieser erlaubte sich jetzt erst, kräftig von der Propaganda darin bestärkt, vom Auto zu träumen. Was unbeliebt war und als reines Elitenprojekt begann, wurde allgemein beliebt und zum Symbol des neuen Stolzes einer ganzen Nation. Nicht dass es allgemein wurde, auch 1939 hatten nur zwei Prozent ein Auto. Aber der Klassencharakter des Autos veränderte sich wie gewünscht, indem es zum Sehnsuchtsort wurde. Hitler stellte dieses Ziel schon ein Jahr später, abermals auf der Automobilmesse, 1934 auf:

»[...] ist es ein bitteres Gefühl, von vorneherein Millionen braver, fleißiger und tüchtiger Mitmenschen, denen das Leben ohnehin nur begrenzte Möglichkeiten einräumt, von der Benutzung eines Verkehrsmittels ausgeschlossen zu wissen, das ihnen vor allem an Sonn- und Feiertagen zur Quelle eines bisher unbekanntes, freudigen Glücks würde [...] Man muß dem Auto seinen ihm früher nun einmal angehängten klassenbetonenden und damit leider auch klassenspaltenden Charakter nehmen; es darf nicht länger Luxusmittel bleiben, sondern muß zum Gebrauchsmittel werden!«⁷¹

Dabei ist bemerkenswert, dass dies der Reklame alleine nie gelungen war. Als wollten sie sich über die Leser*innen lustig machen, annoncierten die Autohersteller und selbst

68 Joseph Goebbels, goldene Worte für einen Diktator und den, er es werden will, in: Der Angriff, Nr. 173, 1.9.1932.

69 Vgl. Volksabstimmung in Graubünden 1920, in Klaus Gietinger: Totalschaden. Das Autohasserbuch, Frankfurt a.M.: Westend Verlag 2015.

70 H. R. Knickerbocker: Kommt Europa wieder hoch?, S. 235.

71 Hitler auf der IAMA 1934, In: Wolfgang Sachs, S. 72.

Daimler für Luxuswagen vorher schon im »Vorwärts« der SPD und auch im »Völkischen Beobachter« der Nazis.

United Bourgeois Party – Hitler siegt über Strasser

Strasser war lange wichtig gewesen, damit die Partei überhaupt eine Massenpartei im ganzen Land werden konnte, denn ohne zumindest einen Teil der Arbeiter*innen und Arbeitslosen wäre sie wahrscheinlich eine völkische Kleinpartei in Süddeutschland geblieben. Strasser wurde überflüssig und lästig, als die Partei den Zenit ihres jahrelangen Aufstiegs überschritten hatte, im Herbst 1932. Mit dem erstmaligen Verlust von zwei Millionen Wähler*innen war die Möglichkeit eines Sieges allein mit dem Stimmzettel gescheitert. Dass es so kommen würde, war vorher nicht so deutlich absehbar. Die Nazis hatten bis dahin in jeder Wahl dazugewonnen und es war erwartbar, dass es im November abermals so kommt. Damit war Strasser überflüssig, denn nun kam es mehr auf Hindenburg an als auf die Wähler*innen. Der italienische König hatte Mussolini zum Staatsoberhaupt gemacht und Italien ging es ökonomisch vergleichsweise gut, die politische Situation war stabil, wie Knickerbocker lobte. Die deutsche Elite hatte das Land in eine Situation manövriert, die fast nur noch Hitler zuließ, oder einen völligen Kurswechsel nach links mit der SPD oder sogar mit der KPD.

Das muss unverständlich bleiben, wenn nur Hitlers Hasstiraden berücksichtigt werden. Wer jedoch einmal den Hitler hört, der auf der Autoausstellung IAMA zur Chefetage spricht, wird sich wundern. Er kann ganze Sätze bilden, im Konjunktiv sprechen, und von Konjunktur und Weltmarkt reden, als wäre er in einer ganz anderen Partei. Den brüllenden Wüterich geben konnten andere auch, viele den kühlen Staatsmann, aber Hitler konnte beides.

Eine andere Option als NSDAP-DNVP hätte Jahre zuvor vorbereitet werden müssen. Doch vorbereitet wurde vor allem diese Koalitionen in der Harzburger Front seit 1931. Ein progressives Bündnis von SPD, ADGB und KPD hätte freilich eine breite Machtbasis für eine Regierung gehabt und Hitler verhindert. Dass es dazu nach dem Bruch von 1914 (Kriegskredite) und dem deutschen Bürgerkrieg von 1918 bis ca. 1922 nicht kam (in dem die SPD regelmäßig auf Kommunist*innen schießen ließ) ist zum Schicksal Deutschlands und Europas geworden.

Ein über Jahre wachsender und schließlich ab Ende 1932 der überwiegende Teil der »Chefetage« förderte in Hitler den Mann, der ihnen versprach, die Arbeiter*innenbewegung und lästigen Gewerkschaften ein für alle Mal zu vernichten. Dass sie später nicht immer bekam, was sie wollte, und dass sogar ein Fritz Thyssen das Land für einige Monate verlassen musste, wirft natürlich einige Zweifel auf die Marionettenkarikatur und ihre wissenschaftliche Entsprechung, die einseitige Agententhese. Natürlich waren die Nazis nach der Festigung ihrer Diktatur nicht mehr so stark von der Industrie abhängig wie 1932. Aber auch wenn sie nur drei Viertel ihrer Wünsche erfüllt bekamen, hatten sie keinen Grund sich zu beklagen. Die Nazis lieferten wie versprochen und die Weltwirtschaftskrise wurde bekanntlich mehr als überwunden. Was meines Erachtens wirklich falsch war an der einseitigen Agententhese, war oder ist die Auslassung der passiven Kooperation von SPD und ADGB und die Unterstellung, die zwölf Millionen

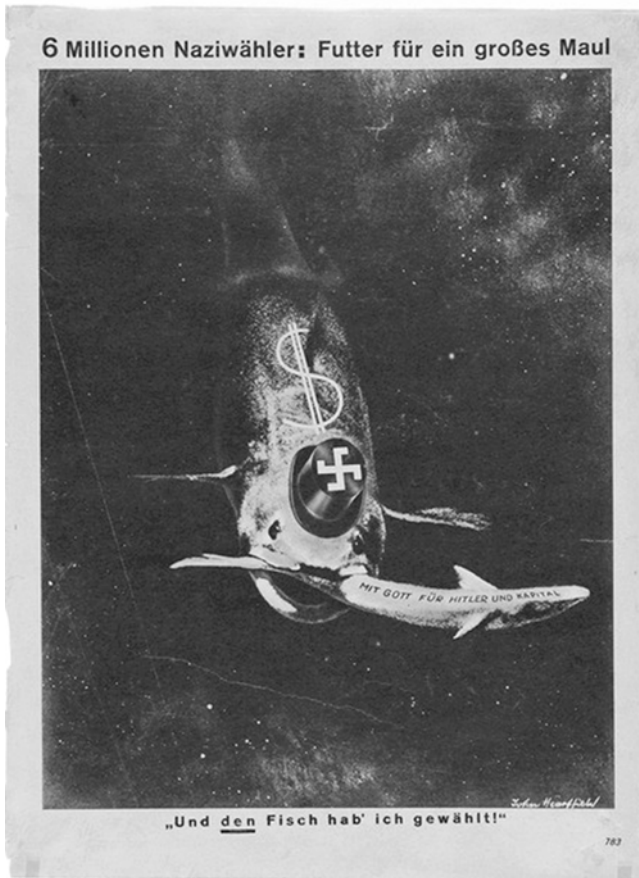
rot wählenden Arbeiter*innen wären in den zwölf Jahren nicht größtenteils als Kompliz*innen ins neue Deutschland integriert worden. Wie wir sehen werden, wurden sie integriert. Gleichwohl die Entlastung der Proletarier*innen als auch ihrer Organisationen von jeder Schuld unhaltbar ist, wird damit der Teil der These von der Industrieunterstützung Hitlers nicht falsifiziert. Es muss vielmehr darauf geachtet werden, die ethischen Unterschiede herauszustellen. Nach mehreren Jahren des Terrors schließlich zähneknirschend mitzumachen, war etwas anders als im Februar 1933 aus Opportunismus still zu halten (ADGB, SPD), und das war noch eine wesentlich schwächere Schuld, als den »Nationalsozialismus« jahrelang großzügig zu finanzieren und zu fördern.

Hitler hielt sein Wort nicht gegenüber dem »kleinen SA-Mann«, der hätte Grund gehabt »Verrat« zu schreien. Der Industrie und Chefetage gegenüber blieb er treu. Im Geheimtreffen vom 20. Februar 1933 erklärte er seine nächsten Schritte vor »fast sämtliche[n] Männer[n] der deutschen Industrie aus allen Branchen:«⁷² »Wir müssen erst die ganzen Machtmittel in die Hand bekommen, wenn wir die andere Seite ganz zu Boden werfen wollen. [...] Wir müssen in Preußen [Anm.: zeitgleiche Landtagswahl] noch 10, im Reich noch 33 Mandate erringen. Das ist, wenn wir alle Kräfte einsetzen, nicht unmöglich. Dann beginnt erst die zweite Aktion gegen den Kommunismus.«⁷³ Fritz Springorum schrieb, was soweit bekannt für alle Anwesenden galt: »In dieser Besprechung hat Herr Hitler eine Darstellung der politischen Entwicklung der letzten vierzehn Jahre gegeben und seine grundsätzliche Einstellung zu den politischen Geschehnissen, sowie zur Wirtschaft, Einzelpersönlichkeit und zum Privateigentum in einer Weise dargelegt, daß er wohl die restlose Zustimmung aller 27 Herren, die zugegen waren, erhalten hat.«⁷⁴ Gefordert wurde eine Summe von drei Millionen Reichsmark, zu 75 Prozent für die NSDAP und 25 Prozent an die DNVP.⁷⁵ (Das war ein Quantensprung für die damalige Zeit, da selbst 1932 meist eher Beträge zwischen 10.000 und 100.000 Reichsmark nachweisbar sind und es spricht einiges dafür, dass die Summe gezahlt wurde wie gewünscht, auch wenn in Nürnberg nicht mehr alle Geldflüsse nachgewiesen werden konnten.) Nach der Spendenzusage war Goebbels in Siegeslaune und notierte: »Wir treiben für die Wahl eine ganz große Summe auf, die uns mit einem Schlage aller Geldsorgen enthebt. Ich alarmiere gleich den ganzen Propagandaapparat, und eine Stunde später schon knattern die Rotationsmaschinen. Jetzt werden wir auf

-
- 72 Aussage Schacht vor dem Nürnberger Militärgericht am 21. Juli 1947. Auszugsweise gedruckt in: Karsten Heinz Schönbach: Die Königsmacher – Hitler, die Großindustrie und der 20. Februar 1933. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. 2/2018, S. 45.
- 73 Persönliche Aufzeichnungen von Krupp aus dem Geheimgespräch, publiziert in: Nürnberger Dokument D-203, gedruckt in Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (Hg.): Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (14. November 1945 bis 1. Oktober 1946). Nürnberg 1947, Band 35, S. 42ff.; englischsprachige Version online verfügbar unter The Mazal Library: NMT, Volume VII, S. 557. (Dokument D-203 findet sich auf den S. 557-562). Wikipedia (Hg.): Geheimtreffen vom 20. Februar 1933 https://de.wikipedia.org/wiki/Geheimtreffen_vom_20._Februar_1933#cite_ref-d-203_17-1 vom 26.07.2021.
- 74 Schreiben von Fritz Springorum an Paul Reusch vom 21. Februar 1931, gedruckt bei: Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933, Archiv für Sozialgeschichte, 13, Bonn-Bad Godesberg 1973, 480f.
- 75 Nürnberger Dokument NI-391, gedruckt in: Eberhard Czichon, Wikipedia: Geheimtreffen vom 20. Februar 1933.

Höchsttoure aufdrehen. Wenn keine außergewöhnliche Panne mehr unterläuft, dann haben wir bereits auf der ganzen Linie gewonnen.«⁷⁶

Abb. 27: Heartfield zeigte 1930 in der AIZ die Verbindung von Kapital und NSDAP.



Sieben Tage nach dem Treffen brannte der Reichstag und der offene Terror gegen die Kommunist*innen wurde nochmals verschärft. Das Cover des »Brown Book of the Hitler Terror« zeigte später einen Göring mit blutiger Axt vor dem brennenden Reichstag. Was wie eine Übertreibung erscheint, enthielt abermals eine traurige Wahrheit, da ab Februar Hunderte in den dezentralen »wilden« Gefängnissen gefoltert und ermordet wurden. Formale Todesurteile wurden überwiegend mit dem Handbeil statt mit dem Fallbeil vollstreckt.

76 Elke Fröhlich (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente, München, New York, London, Paris: Saur 1987, Teil 1, Band 2.

Die Chefetage um die IG-Farben hatte eine Diktatur von DNVP und NSDAP schon im Sommer geplant und beworben, aber das Bündnis nicht herstellen können, weil Hugenberg, der Millionär hinter der DNVP, sich Hitler nicht unterordnen wollte. Turner sieht das als Indiz, dass es eben keine »united bourgeois party« für Hitler gegeben habe.⁷⁷ Wäre die Katastrophe damit abgewendet gewesen, hätte er recht. Nur kam das Bündnis eben nach dem Intermezzo mit Schleicher doch zusammen – Hugenberg war bereit mitzumachen und Hitler war bereit, ihm einen Posten als Minister zu geben. Die Agrarier und Industriellen, die Banken und Versicherungen, das international und national operierende Kapital hatten sich nach langer Vorbereitung doch zu einem Gramscianischen hegemonialen Projekt zusammengefunden. Die Gegner*innen der Industrie-Hitler-These betonen, dass die Elektroindustrie, also vor allem Siemens und AEG den internationalen Markt brauchten und eine Autarkiepolitik, die die Nazis offiziell zumindest anstrebten, ablehnten. Aber auch hier erfüllte Hitler deren Wünsche, denn die Autarkiepolitik wurde so geschickt gehandhabt, dass Siemens der Export in die USA vor dem Krieg nie versperrt wurde. Im Gegenteil vertieften sich sogar die Verbindungen zu den USA in einigen Bereichen. Noch im laufenden Jahr 1933 investierte IBM beträchtliche Summen in seinen Berliner Standort und lieferte Material bis in die erste Kriegszeit hinein. (Ohne die Rechenmaschinen wäre der Völkermord wahrscheinlich nicht so effizient möglich gewesen.)⁷⁸

Die These, die Vorbehalte der Industrie hätten sie abgehalten, das Bündnis DNVP-NSDAP nach Kräften zu unterstützen, ist falsch. Das Gegenteil davon wäre jedoch nicht die Leugnung der Risiken oder das Ausbleiben von erheblichem Widerstand gegen manche Positionen der NSDAP gewesen. Das Gegenteil wäre die Verweigerung von Wahlkampfspenden gewesen. Und die gab es nicht. Im Februar und März 1933 handelten Banken und Industrie praktisch als »united bourgeois party« für eine NSDAP-DNVP-Regierung und die bekamen sie. Verrechnet hatten sie sich lediglich in der Rolle der DNVP, die bekanntlich schnell an den Rand gedrängt wurde und keine Vermittlerrolle zur NSDAP mehr spielen konnte. Einschränkend muss auch gesagt werden, dass der Staatsterror nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar regelrecht explodierte und die Industrie schon gespendet hatte und damit keinen großen Einfluss mehr nehmen konnte.

Autobahn für IG-Farben?

Der Vorsitzende des weltgrößten Chemiekonzerns, der IG-Farben, Carl Bosch, schickte Mitte 1932 seine Vertrauten Heinrich Bütefisch und Heinrich Gatineau vor, um die Beziehungen zu Hitler und dessen Wirtschaftspolitik zu klären. Der genaue Tag ist nicht mehr rekonstruierbar, aber der Monat: Juni. Das heißt, noch vor der Wahl Papens sicherte die IG-Farben sich ab für die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung der NSDAP. Das Ergebnis des Gesprächs der drei war eine Art gegenseitige Unterstützungserklärung und Verschwiegenheit darüber. (Auch hier ist es ein kleines Wunder, dass ein

77 H. A. Turner: German big business and the rise of Hitler, S. 231.

78 Edwin Black: IBM und der Holocaust. Die Verstrickung des Weltkonzerns in die Verbrechen der Nazis, Berlin: Propyläen-Verlag 2001.

Beweis erhalten blieb.) Turner gibt die Gerichtsakten des Nürnberger Prozesses über das wichtige Treffen so wieder:

»As Bütefisch later recalled, Hitler arrived late and weary from an election campaign trip. According to both Bütefisch and Gattineau he nevertheless warmed at once to the subject of their visit, lecturing them at length on his plans for the motorization of Germany and for the construction of new highways. The production of synthetic gasoline fit ideally into his plans, he informed them. He then interrogated Bütefisch at length on the technical aspects of Farben's process, granting his visitors two and a half hours of his time instead of the half hour originally foreseen. When they at last found an opportunity to ask whether he would have Nazi press attacks on Farben's hydrogenation project halted and continue the protective tariff on petroleum if the NSDAP came to power, Hitler replied in the affirmative. That concluded the interview. Later, at Nuremberg, Bütefisch insisted that neither politics nor the financial needs of the NSDAP were mentioned. When informed by him of the visit with Hitler, Bosch responded, Bütefisch recalled at Nuremberg, »Der Mann ist ja vernünftiger, als ich dachte.«⁷⁹

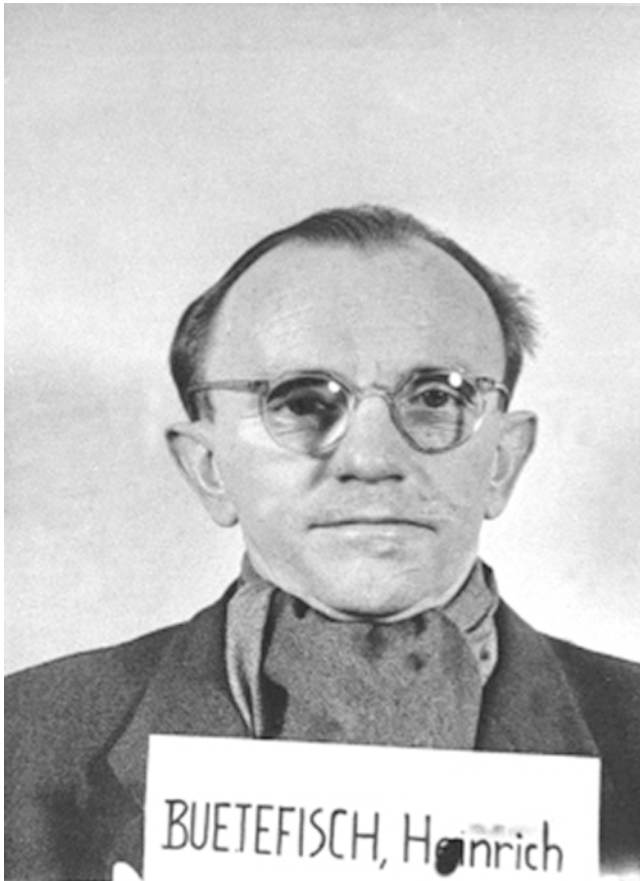
Bezeichnend ist hier zunächst das symbolische Kräfteverhältnis. Während Hitler sich persönlich erklärt, schickt Bosch nur seine zwei Gehilfen, um sich vertreten zu lassen. Auch im Geheimtreffen der Industriellen am 20. Februar 1933 ließ er sich entschuldigen, die Reise im Flugzeug von Süddeutschland nach Berlin wäre ihm zu beschwerlich. Er machte die Abwesenheit jedoch wett mit der größten nachweisbaren Wahlkampfspende von 400.000 Reichsmark. Wenn wir bedenken, dass am 20. Februar sonst niemand aus der ersten Reihe fehlte, dann lässt sich wohl sagen, dass ein Carl Bosch es sich eben leisten konnte.

Die IG-Farben hatten sich verspekuliert mit der Anlage für synthetisches Benzin, da ab 1929 die Benzinpreise stark fielen. Sie brauchten dringend eine staatliche Förderung und eine Nachfrage, um aus dem Verlustgeschäft herauszukommen. Dass sie Hitler vor der 400.000 Reichsmarkspende nichts zukommen ließen, ist sehr unwahrscheinlich. Beide sagten dies in Nürnberg aus und zumindest Bütefisch musste als Mitglied von Partei, SS und verantwortlich für das Werk in Auschwitz Monowitz mit der Todesstrafe rechnen. Kein Wunder, dass er sich an so vieles nicht erinnern konnte. Er erhielt jedoch nur sechs Jahre; danach 1964 das Bundesverdienstkreuz (was immerhin zu Protesten führte). Gattineau hatte promoviert über den »Urbanisierungsprozess in Australien in seiner Bedeutung für die Zukunft der weißen Rasse« und trat später der SA und Partei bei. Er wurde trotz hoher Posten in der IG im Krieg freigesprochen und erhielt sein Bundesverdienstkreuz 1975.

Auch der IG-Farben selbst hat der Hitlerfaschismus nicht geschadet. Die Fehlinvestition in das »deutsche Benzin« rentierte sich durch die Förderpolitik der Nazis und die drei Nachfolgekonzerne Bayer, BASF und Hoechst wären zusammen heute immer noch der größte Chemiekonzern der Welt.

79 H. A. Turner: German big business and the rise of Hitler, S. 248f.

Abb. 28: Heinrich Bütefisch von der IG Farben vor Gericht in Nürnberg. Er wurde zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, jedoch nach drei Jahren entlassen, erhielt 1964 das große Bundesverdienstkreuz; Foto: US-Army on behalf of OUSCCPAC/OCCWC, 1945 oder 1946.



Wie wenig unschuldig die IG am Krieg war, zeigt allein deren Investitionspolitik. Die erste Anlage für das synthetische Benzin wurde 1926 mitten im Frieden in Leuna bei Halle errichtet. Das kam dem Wunsch der Militärs entgegen, kriegswichtige Anlagen nicht mehr im Ruhrgebiet zu bauen, weil das zu nah an feindlichen Fliegern läge. Es kam den Bedürfnissen des nächsten Kriegs entgegen, die Wirtschaft vom Import wichtiger Rohstoffe wie Erdöl unabhängig zu machen. Das heißt, ohne Krieg und Autarkiepolitik hätte das Braunkohlebenzin keine Berechtigung gehabt und tatsächlich sollte Leuna ab Kriegseintritt der Westmächte neben der Raffinerie in Rumänien zum wichtigsten Standort der Treibstoffproduktion werden.

Indem Hitler die Autobahn- und Autopläne im Februar 1933 öffentlich machte, zeigte er Bosch, dass hier ein Politiker war, der zu seinem Wort steht. Bosch täuschte sich nicht, der Industrie gegenüber war hier ein vernünftiger Mann.

Royal Dutch Shell

Ab 1932 schalteten Daimler, Ford, Auto Union, Continental und Dunlop (Reifen) erstmals ganzseitige Anzeigen in der Nazi-Presse wie dem »Völkischem Beobachter«. Vorher hatten sie dies schon im »Vorwärts« der SPD getan.⁸⁰ Dabei dürften weder die SPD'ler noch die Nazis das Geld für ein Auto gehabt haben, und schon gar nicht für einen teuren Daimler. Es wird sich um nichts anderes als um eine offen gezeigte finanzielle Gefälligkeit gehandelt haben. Schließlich verdienen Zeitungen gut an ganzseitigen Anzeigen. Selbst die Tageszeitung TAZ konnte neuerdings nicht widerstehen, als die Bundeswehr dort ganzseitig annonciieren wollte. Es ist ein altes Geschäft, Zeitungen über große Anzeigen gefällig zu halten, und wenn es so offensichtlich Parteizeitungen sind, gilt die Gefälligkeit wohl der Partei.

Ein nicht-deutscher Financier Hitlers war Henri Deterding. Der Vorsitzende des damals größten Ölkonzerns der Welt, Royal Dutch Shell, galt als germanophiler Bewunderer Hitlers und Freund Rosenbergs. Er zeigte es mit Anzeigen von Shell im »völkischen Beobachter« vor dem Machtantritt und siedelte danach, 1936, nach Mecklenburg über. Sein letzter Wille war es, ebendort in deutscher Erde begraben zu werden. Sein Sarg wurde mit einer Hakenkreuzfahne geschmückt und von verschiedenen Honoratioren aus der zweiten und dritten Reihe begleitet. Hitler ließ sich durch eine offizielle Delegation des Winterhilfswerks vertreten. Der Historiker Wolfgang Ruge kam zu dem Schluss, Deterding hätte die größte aller Wahlkampfspende von zehn Millionen Reichsmark gemacht.⁸¹ Dass das Geld locker saß, zeigt die sicher dokumentierte Spende von 40 Millionen Reichsmark 1937, und weiteren zehn Millionen Gulden an Hitler.⁸² Diese waren Teil der so genannten »Adolf Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft« von ca. 60 Millionen Reichsmark jährlich *nach* der Etablierung der Diktatur.⁸³ Sie zeigen, wie viel man sich die Nähe zur Staatsführung kosten ließ. Die ungleich wichtigere Frage ist freilich, wer vorher schon spendete.

Deterding soll Hitler 1921 mit vier Millionen Gulden geholfen haben, abgesehen von Zahlungen an die Freikorps und Alfred Rosenberg. Auch finanzierte er anti-kommunistische Aufstände in der Sowjetunion und die Frankisten im spanischen Bürgerkrieg.⁸⁴ Deterding konnte der russischen Revolution nicht verzeihen, dass sie ihm die 60-prozentigen Anteile an den kaukasischen Ölquellen enteignet hatten. Dass er auch noch Rassist war, machte ihn zum natürlichen Freund der Nazis. 1926 und 1927 nahm er zweimal in London an einer Konferenz für einen Krieg gegen die Sowjetunion teil.⁸⁵

80 Ebd., S. 267.

81 Wolfgang Ruge: Weimar – Republik auf Zeit, Berlin 1969, S. 262. In: ebd., S. 270.

82 E. Fröhlich (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Band 3, S. 8. In: Wikipedia (Hg.): Henri Deterding 2021, https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Henri_Deterding&oldid=211033940 vom 26.07.2021.

83 Vgl. Braunbuch BRD, 1968, Berlin, S. 15.

84 Glyn Roberts: The most powerful man in the world (PDF) auf shellnews.net vom 14.05.14; Antony Beevor (traduit par Jean-François Sené): La Guerre d'Espagne. 3. Auflage. Nr. 31153. Éditions Calmann-Lévy, Paris 2011., S. 258.; beide in: Wikipedia: Henri Deterding.

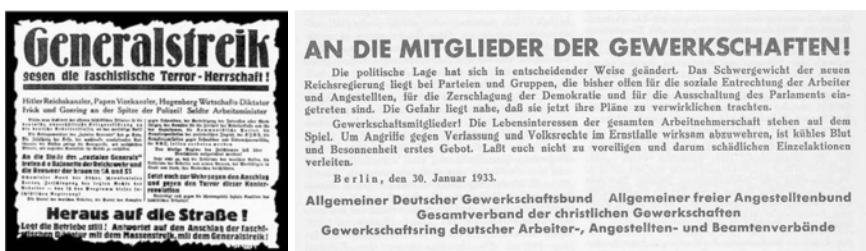
85 Dabei waren der Industrielle Arnold Rechberg und General Max Hoffmann, vgl. ebd.

Der Historiker Roberts bezifferte die Höhe der Gesamtspenden von Shell an Hitler und Partei, von 1921 an gezählt, auf 55 Millionen britische Pfund, was eine enorm hohe Summe wäre.⁸⁶ Jedoch schon der Betrag von zehn Millionen Reichsmark von Ruhe würde bedeuten, dass die Nazis ihren Aufstieg zu einem sehr erheblichen Teil dem Ölkonzern Shell zu verdanken hatten. Die nächsthöhere Summe wäre dann der Kohlepfennig des rheinisch-westfälischen Kohlesyndikats gewesen. Fünf Pfennig für jede verkaufte Tonne Kohle gingen vor 1933 an die NSDAP, was laut Braunbuch rund 6 Millionen Reichsmark gewesen wären.⁸⁷ Die wenigsten machten es öffentlich, dass sie einer Partei spendeten. Damals wie heute möchten die reichen Gönner meist unbekannt bleiben. Eine Ausnahme war Thyssen, der es dann auch in Nürnberg schlecht abstreiten konnte. Seine Beträge um die 100.000 Reichsmark waren hingegen wahrscheinlich eher am unteren Ende der Spendenliste.⁸⁸

Autobahnversprechen 1933

Abb. 29: Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ruft am Tag Hitlers Ernennung, 30. Januar 1933, zum Generalstreik.

Abb. 30: Am selben Tag mahnt die Sozialistische Partei Deutschlands (SPD) zur Ruhe, und boykottiert somit den Streikaufruf der KPD.



Die Pläne für einer Verbindung von Straßenbau, Wirtschaftswachstum und Arbeitsbeschaffung gab es schon vor Hitler. Die Regierung Schleicher beriet im Dezember, nur zwei Monate vor der IAMA, über große Investitionsprogramme und erhoffte sich unter anderem vom Straßenbau eine allgemeine Belebung der Wirtschaft. Auch hier war Hitler nur ein Plagiator.⁸⁹ Mit der Verkündung des Autobahnbaus am 11. Februar konn-

- 86 Clyn Roberts: *The most powerful man in the world. The Life of Sir Henry Deterding*. Covici-Friede, New York 1938, (mit Angaben zu Verbindungen zu Hitler und zur NSDAP). In: ebd.
- 87 Emil Kirdorf Vorsitzender des Syndikats sagte, er und die Syndikate hätten Hitler schon ab 1927 unterstützt. In: *Preußische Zeitung*, 31.1.1934. In: Braunbuch BRD 1968, Berlin, S. 14.
- 88 »Thyssen hatte bereits 1923, im Jahr des Hitler-Ludendorff-Putsches in München, die Bekanntheit Hitlers gemacht. Im Mai 1930 stellte er ihm 100.000 Mark zur Verfügung.« In: R. Zilkenat: *Das deutsche Großkapital, der »Keppler-Kreis« und die NSDAP*.
- 89 Chefbesprechung vom 6. Dezember 1932, siehe Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und das Bundesarchiv: »Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik« Online »Arbeitsbeschaffung.« (2.3.1.) 2021, https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/vsc/vsc1p/kap1_2/kap2_3/para3_1.html vom 26.07.2021.

te die Fraktion um Hitler nochmals deutlich vom linken Flügel distanzieren und das S in NSDAP als überwundene Folklore zurücklassen. Den Arbeiter*innen in den überbelegten Mietskasernen hätte es kaum gefallen können. Jedoch war die Presse schon weitgehend auf Hitlers Linie und die KPD kämpfte ums nackte Leben. Der ADGB hielt zusammen mit der SPD die Füße still und flehte die eigenen Arbeiter*innen an, keinen Generalstreik gegen Hitler zu machen.⁹⁰ Wäre es ein normaler Wahlkampf ohne Terror gewesen, wären die Auto- und Autobahnpläne wohl als Elitenförderung ähnlich dem Panzerkreuzer A attackiert worden.

Bevor Hitler die letzte Großspende erhielt, versicherte er so nochmals Flick, dass er seinen Stahl verkaufen würde, der deutschen Bank, dass Daimler mehr Autos absetzten, der IG-Farben, dass sie ihr synthetisches Benzin subventioniert bekäme, und den Baufirmen, dass sie bald reichlich Großaufträge bekämen. Auch die Elektronik-Industrie, Siemens und AEG würden die Zündspulen für Autos produzieren, sogar die ausländischen Ölkonzerne Standard Oil und Shell, General Motors, Ford und General Electric hatten ein Wachstum zu erhoffen.

Wer wie Roosevelt in den USA ein Investitionsprogramm wie den New Deal plante, war zumindest berechenbar und man konnte hoffen zu wissen, wie es weitergehen würde. Wahrscheinlich hat der IAMA-Auftritt die Sorgen des Auslands, die Nazis könnten mit ihrem Gerede Ernst machen, die Auslandsschulden nicht mehr zu bedienen, die »Zinsknechtschaft zu brechen« und sich in die »Autarkie« zurückzuziehen, weiter zerstreut. Eine plötzliche Abwertung der Mark gegen den Dollar hätte Hitlers Wahlchancen wahrscheinlich verringert. Diese gab es jedoch nicht. Die Börse wusste, dass sie auf Hitlers Wirtschaftspolitik vertrauen konnte.

Am 1. April, nun schon als Diktator, besprach er sich nochmals mit Gustav Krupp und Friedrich von Siemens und versicherte wie gehabt, es werde keine Sozialisierungsmaßnahmen geben. Am 29. Mai gab es ein weiteres Gespräch mit größerem Kreis, in dem er abermals zusagte, die Wirtschaft im Interesse der Konzerne und nicht gegen sie aufzubauen. Dass es diese Treffen gab, kann so gedeutet werden, dass eine gewisse Unsicherheit bestand und dies überhaupt zugesichert werden musste. Andererseits wurde der Chefetage eben kein Wunsch abgeschlagen. Der siegreiche rechte Flügel der NSDAP beerdigte alle Pläne auf Sozialisierung und »nationalen Sozialismus«.

Hätte es den Versailler Vertrag und die Drohung eines französischen Einmarschs ins Rheinland nicht gegeben, hätte Hitler auch offen sagen können, wie viele Panzer, Flugzeuge und Schiffe er bauen lassen würde. Doch da dieser Weg versperrt war, war das Auto zunächst eine gute Alternative. Auch die Deutschen sollten und wollten wohl nicht wissen, was mit den Militärs im Geheimgespräch am 3. Februar schon ausgemacht war:

Rede Günther Gerekes anlässlich seiner Ernennung zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung am 23. Dezember 1932, siehe Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und das Bundesarchiv: »Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik«, »Nr. 36 Rundfunkrede des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung Gereke. 23. Dezember 1932« https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/vsc/vsc1p/kap1_2/para236.html vom 26.07.2021.

90 Heinz Niemann: Die ignorierten Mahnrufe. Die Uneinigkeit der Linken erleichterte den Nazis die Niederschlagung ihrer Gegner. Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, <https://dasjahr1933.de/die-ignorierten-mahnrufe/vom-26.07.2021>.

der nächste Krieg gegen Polen und die Sowjetunion und deren »rücksichtslose Germanisierung.«⁹¹ Dafür brauchte es Millionen neuer Autos, Kübelwagen, Lastwagen, Panzer – das stand außer Frage. Der Friedensvertrag hatte das Heer auf nur sieben motorisierte Divisionen beschränkt. Bis zum Überfall auf Polen 1939 steigerte sich die Wehrmacht erfolgreich auf einen für damalige Zeit hohen Motorisierungsgrad von 45 Prozent. Dafür waren neue Fabriken für mehr Autos zu errichten und diese konnten Anfangs auch zivil produzieren. Wenig später versprach Fritz Todt hinter verschlossenen Türen, er würde auf seinen Reichsautobahnen 300.000 Soldaten mit 100.000 beschlagnahmten zivilen Autos in zwei Tagen von einer zur anderen Grenze des Reichs verlegen können.⁹² (Tatsächlich wurden zivile Autos dann beschlagnahmt und in den ersten Kriegsmonaten schnell verschlissen, nur Todts Autobahn hatten keine Bedeutung. Die Militärs waren zu Recht skeptisch geblieben. Dafür gelang es selbst mittelständischen Nazis der ersten Stunde wie meinen Urgroßvätern, ihren Opel vor der Requirierung zu schützen. Wie viele Autos genau eingezogen wurden, ist nicht bekannt.)

Abb. 31: Die internationale Auto und Motorradausstellung IAMA im Januar 1933 in Berlin (heute IAA in München) mit Göring und Hitler als Kanzler und Innenminister; Foto: BNF/gemeinfrei.



So gut wie er ein Investitionsprogramm für das Luxusprodukt Auto verkünden konnte, konnte er nun selbst in einem fahren. Es begann die Zeit der Fotos im Daimler vor jubelnden Menschenmengen.

91 Niederschrift (Generalleutnant Liebmann) von der Rede Hitlers vor der Reichswehr, 3.2.1933, In: Dokumente des Verbrechens 1933–1945, Berlin: Dietz Verlag 1993, S. 21f. Nach: Niederschrift des Generalleutnant Liebmann: 3. Februar 1933 – Rede Hitlers vor der Reichswehr. Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, <https://dasjahr1933.de/3-februar-1933-rede-hitlers-vor-der-reichswehr/vom-26.07.2021>.

92 K. Lärmer: Autobahnbau in Deutschland 1933 bis 1945, S. 108f.

Hitler lieferte wie versprochen. Die KPD'ler*innen flohen oder wurden inhaftiert oder gleich ermordet und die Industrie bekam, wofür sie bezahlt hatte: die Zerschlagung der Arbeiter*innenbewegung.

Bis auch die Rhetorik von der »nationalsozialistischen Revolution« ganz verstummte, musste man sich noch gedulden. Erst im Sommer 1934 wurden Ernst Röhm, Gregor Strasser und weitere Kader des proletarischen Flügels von ihren Kameraden aus der SS ermordet. Sowohl der Sozialismus vortäuschende »linke« Flügel der NSDAP als auch die echte Arbeiter*innenbewegung waren zerstört.

Exkurs: Hätte Hitler gestoppt werden können?

Im Februar 1933 waren die Nazis kurz vor der Machtfülle der Diktatur, aber sie waren ganz entschieden noch nicht da. Zwischen Ernennung zum Kanzler und Parlamentswahl am 5. März lagen die kritischen vier Wochen. Noch hätten drei Ereignisse ihre Mehrheit im Parlament verhindern können: ein Vertrauens- und Geldentzug von Industrie und Banken nach einem erneuten Aufbäumen des linken Strasser-Flügels, ein Generalstreik von ADGB, SPD und KPD, oder der Wille der Wähler*innen.

Die nötigen Wähler*innen konnte man gewinnen durch den Anpassungskurs von SPD und ADGB, die stramm rechte Hugenberg-Presse und die vollen Geldkoffer. Wahrscheinlich war das Verbot der KPD nach einem wahrscheinlich ebenfalls schon geplanten Reichstagsbrand (27.2.) vorbereitet.

Ohne die Millionen der Industrie hätten die zwei Prozent zur einfachen Mehrheit sehr wahrscheinlich gefehlt. Wie Thyssen später in Nürnberg sagte, ging es darum das »Treibholz zwischen links und rechts« für ganz rechts zu kaufen.⁹³ Wie wäre es mit weniger als 50 Prozent der Stimmen weitergegangen? Vielleicht hätte sich dann Gewerkschaften oder SPD zu einem Streik mit der KPD bereit erklärt. Vielleicht hätte sich das katholische Zentrum gegen Hitler gestellt, statt für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen.

Eben weil es noch keine Autobahnen gab, hätte allein ein Streik der Eisenbahner das Land lahmlegen können wie im Generalstreik von 1920.

Abb. 32–33: »Tag von Potsdam« 21. März 1933, gemeinsamer Besuch von Garnisionskirche, Gruft des »Soldatenkönigs« Friedrich II und Wagner-Konzert; Foto: 3.Reich/Bundesarchiv.



93 Thyssen in Nürnberg, Wikipedia: Kriegsverbrecherprozesse.

John Heartfield hatte nicht nur das Bündnis von Kapital und Hitler-NSDAP richtig prophezeit, sondern auch das mit Militär und Aristokratie, in der Collage aus einem Hitler in der Uniform mit Kopfschmuck von Hindenburg und der Abwandlung von dessen bekannten Bonmot »Ich führe euch herrlichen Zeiten (Pleiten) entgegen.« Heartfield spottete damit über den Hitler, der sich bei Hindenburg anbot, während er offiziell den anti-bürgerlichen Revoluzzer inszenierte. (Im »Tag von Potsdam« wurde er dann endgültig in den Kreis der alten Elite aufgenommen.)

Daimler und BMW

Hitler schrieb 1931: »Da erkennt man erst, was die Großwirtschaft für eine Macht besitzt. Denn diese Millionen sind Macht. Und wenn sie diese Millionen uns zur Verfügung stellen, dann können sie sie nicht gleichzeitig einer anderen Partei oder Organisation zur Verfügung stellen. Also geben sie uns ihre Macht!«⁹⁴

Schon 1926 hat er »vor dem renommierten ›Hamburger Nationalclub 1919‹ einen Auftritt gehabt, im selben Jahr und 1927 folgten weitere vor den Industriellen von Rhein und Ruhr. Die Einladung der »führenden Industriellen« besorgte der »große, alte Mann« des rheinischen Großkapitals Emil Kirdorf, der selbst 1927 der NSDAP beitrug und eine persönliche Freundschaft mit Hitler pflegte.⁹⁵ So kam es, dass Hitler am 27. Januar 1932 im Industrieclub in Düsseldorf vor den *who's who* der Industrie eine stürmisch beklatschte Rede halten durfte, an deren Ende Fritz Thyssen aufsprang und »Heil Hitler« rief.⁹⁶ Schon ein Jahr zuvor erklärte Carl Friedrich von Siemens vom Siemens-Konzern den Kollegen von General Electric am 27. Oktober 1931 in New York: »Die Wurzel der Hitlerschen Bewegung ist der Kampf gegen den Sozialismus, d.h. gegen den Marxismus. Eines möchte ich noch betonen: die große Mehrzahl nicht nur der deutschen Geschäftsleute, sondern auch der Angehörigen aller gebildeten Klassen,

94 Hitler gegenüber Otto Wagener 1931. In: R. Zilkenat: Das deutsche Großkapital, der »Keppler – Kreis« und die NSDAP: Eine unentbehrliche Vorgeschichte des 30. Januar 1933, online bei VVN-BdA und dasjahr1933.de.

95 Kirdorf trat später aus, blieb der NSDAP und Hitler aber eng verbunden. Ebd.

96 Hilferding, SPD, am 10.5.1932 im Reichstag: »Als Herr Hitler geschlossen hatte, erhob sich Herr Fritz Thyssen, der Sohn eines bedeutenden Vaters und der Erbe eines bedeutenden Vermögens, der Mann, der sich nach den Zuständen vor dem Kriege, die uns von Deutschnationalen so gepriesen werden, zurücksehnt, wo die Gewerkschaften nicht verhandlungsfähig waren, wo jeder Großindustrielle an Ruhr und Rhein Herr im eigenen Hause war, Herr Thyssen, der in Amerika Reden hält, dass das ganze deutsche Unglück von der Sozialpolitik, von der Arbeitslosenversicherung, von den Sozialbeiträgen kommt – das war der Mann, der nach der Rede ›Heil Hitler‹ gerufen hat. [»Hört! Hört!« bei den Sozialdemokraten.] Deswegen glaube ich: Zwischen dem, was Herr Strasser öffentlich sagt, und dem, was Herr Hitler im Geheimen den Industriellen sagt, wird der Unterschied ebenso groß sein, wie der Unterschied zwischen einem Lohnarbeiter und Herrn Thyssen, dem Aufsichtsratsvorsitzenden des größten deutschen Montanunternehmens. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)« Verhandlungen des Reichstags, Bd. 446, 62. Sitzung, S. 2510ff.

viele von Hitlers Methoden verurteilen, so betrachten sie doch das Hitlertum als das kleinere Übel gegenüber dem Kommunismus.«⁹⁷

Ein zweiter alter Herr, der sich als Türöffner anbot, war der Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, wofür er später Finanzminister werden durfte. Auf der Harzburger Tagung 1931 trafen Banker wie Schacht zusammen mit den Hohenzollern und sonstigem Adel und Militärs. Das Bündnis aus deutsch-nationaler Volkspartei und NSDAP, dass im März 1933 Hitler eine formale Mehrheit von 52 Prozent ermöglichte, wurde hier gebildet. Militärs und Aristokraten blieben geschlossen bündnistreu bis zum Attentat vom 20. Juli 1944. Manche wie der General Trettner blieben aber auch bis zum 8. Mai 1945 ihrem Pakt mit den Nazis treu (und viele insgeheim noch in den Nachkriegsjahren).

Mit von der Partei waren die drei größten Banken: Dresdner Bank, Commerzbank und Deutsche Bank. Da sie, vor allem die Deutsche Bank, die Autoindustrie kontrollierten, vermittelten sie zwischen deren Interessen und der Partei. »Emil Georg von Stauff, [...] Vorsitzender der Aufsichtsräte bei Daimler-Benz und BMW [...] Mitglied des Zentralausschusses der Deutschen Reichsbank, ging [schon vor 1933] in Hitlers Berliner Domizil, dem [...] »Kaiserhof«, ein und aus.«⁹⁸

Daimler und Afa-Batterien waren sogar noch enger mit der neuen Macht verknüpft. »Die Industriellen-Familie Quandt, Großaktionäre bei Daimler-Benz, den Mauserwerken AG und bei Varta, war geradezu ein unentbehrlicher Bestandteil von Hitlers Entourage im »Kaiserhof«. [...]»⁹⁹

Die Afa bei Hannover, später dann umbenannt in Varta, war zu dem Zeitpunkt ein Monopolist der Batterieproduktion in Deutschland und Oligopolist in Europa. Jedes Auto und Flugzeug der Wehrmacht benötigte eine ihrer Batterien. Ein Geldfluss muss hier gar nicht nachgewiesen werden, da sich die Quandts und die NSDAP gewissermaßen verschwägerten. Joseph Goebbels heiratete am 19. Dezember 1931 Magda Quandt, die Ex-Frau von Günther Quandt, mit dessen Segen auf seinem Landgut.¹⁰⁰ Quandts Sohn Herbert wurde Goebbels' Stiefsohn. Der Trauzeuge war Adolf Hitler. Es war für die Quandts eine schicksalhafte Verbindung. BMW und Daimler lieferten Millionen von Motoren für die Wehrmacht und wurden die Weltkonzerne, die sie bis heute geblieben sind. Lästige Konkurrenz in Nachbarländern wie den Batteriefabrikanten Tudor Laval in Luxemburg ließ man von der Gestapo beseitigen. Im April 1945 endete vorerst das Familienglück. Goebbels erschoss nicht nur sich, sondern auch seine Frau Magda und ihren leiblichen Sohn. Für den Rest dieser Familie gab es keine Stunde Null und keine Hungerjahre. Die Quandts überlebten in den Westsektoren und mit ihnen die Imperien von Daimler, BMW und Varta. Obwohl sie zehntausende, eventuell auch hunderttausende Sklavenarbeiter*innen aus Ost- und Westeuropa ausgebeutet, viele

97 Carl F. v. Siemens: Die gegenwärtige Lage Deutschlands. Rede, gehalten auf dem Essen der General Electric Company am 27. Oktober 1931 in New York o.O.u.). Ein hektographiertes Exemplar fand sich in: Zentrales Staatsarchiv der DDR Potsdam, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 296. Zitate: S. 5 u. 7f., in: Rainer Zilkenat.

98 R. Zilkenat: Das deutsche Großkapital, der »Keppler-Kreis« und die NSDAP.

99 Ebd.

100 Ebd.

zu Tode gebracht und Hitler finanziert hatten, entgingen sie einer Anklage in Nürnberg gänzlich und wurden in der amerikanischen Zone noch nicht einmal enteignet. Ihr Vermögen von geschätzten 78 Millionen US-Dollar transferierten Sie von Daimler und Afa zu BMW nach München und retteten es so über die Niederlage hinweg. Selbst die Rüstungssparte blieb erhalten, und exportierte unter Sohn Harald später Landminen nach Afrika.¹⁰¹ Die Quandts gelten heute als die reichste deutsche Familie mit einem geschätzten Vermögen von 20 Milliarden Euro. Einer der Erben, der sich als Rennfahrer bei Paris-Dakar betätigt, resümierte in der Doku des NDR, man müsse endlich versuchen, es zu vergessen.¹⁰² Die allermeisten ihrer Sklavenarbeiter*innen konnten es nicht vergessen, denn die Gesundheitsschäden blieben, sie erhielten weder den geraubten Arbeitslohn noch eine Entschädigung.¹⁰³

Nun wird man von entsprechender Seite einwenden, das Kapital hätte die Kröte Hitler schlucken müssen, um weiter profitable Geschäfte zu machen und wäre von Grunde auf liberal gewesen, hätte immer einen Abstand zu den Nazis gehalten. Das mag nicht recht zu der Familienverbindung von Quandts und Goebbels passen. Und auch andere Industrielle hatten mehr als kaltes Kalkül für die Nazis. In Goebbels Tagebuchnotizen (die natürlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren) wird beschrieben, wie die Herren von Rhein und Ruhr anfangs noch etwas zugeknöpft am Ende einer Hitlerrede ganz begeistert applaudierten. Es ging in den 1920er Jahren »im Kern stets um die Notwendigkeit einer Vernichtung der Organisationen der Arbeiterbewegung, die Zerstörung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und um die zielstrebige politische, ideologische und materielle Vorbereitung eines zweiten ›Griffs nach der Weltmacht‹ durch den deutschen Imperialismus [...]«. ¹⁰⁴ Friedrich Flicks »Pressebüro« jubelte im November 1932: »Die Tagung des Langnamvereins in Düsseldorf, die wohl ursprünglich im Rahmen des Papen-Programms und zur Stützung vorgesehen war, ergab anlässlich der zwanglosen Unterhaltung die überraschende Tatsache, dass fast die gesamte Industrie die Berufung Hitlers, gleichgültig unter welchen Umständen, wünscht.«¹⁰⁵

Sicher gab es Abneigungen gegen den Stallgeruch des Pöbels und Antisemitismus, wie im Hause Siemens. Aber auch der hatte seine »salonfähige« Variante. Der Vorstandsvorsitzende der Allianz-Versicherung, Dr. Kurt Schmitt, selbst bekennender An-

101 Vgl. NDR.

102 Der Sitz war in Hannover, mit einem eigenen KZ auf dem Werksgelände. Das KZ Stöcken beherbergte Zwangsarbeiter aus ganz Europa von denen viele an den Blei- und Cadmiumdämpfen starben oder lebenslang geschädigt wurden. Die Quandts haben sich nie entschuldigt und nie eine eigene Entschädigung gezahlt. Erst 1998 haben sie sich dem Fond der Deutschen Wirtschaft zur Auszahlung der Ansprüche der »Jewish Claims Foundation« angeschlossen, was sie als einziger großer Konzern auch kaum hätten verweigern können ohne internationalen Skandal. Aus eigener Initiative haben sie weder die westeuropäischen Sklavenarbeiter*innen, geschweige denn diejenigen aus Osteuropa je entschädigt. Juden mussten den Stern in ihren Fabriken schon tragen, bevor er gesetzlich vorgeschrieben war. In: Norddeutscher Rundfunk.

103 Vgl. Eric Fiedler; Barbara Siebert, Dokumentarfilm »das Schweigen der Quandts«, Norddeutscher Rundfunk 2007.

104 R. Zilkenat: Das deutsche Großkapital, der »Keppler-Kreis« und die NSDAP.

105 Siehe Eberhard Czichon: Wer verhalf Hitler zur Macht und Ulrike Hörster-Philipps: Wer war Hitler wirklich?, in: Zilkenat.

tisemit, versprach der NSDAP »im Falle eines ›Linksputsches‹ einen Betrag in Höhe von fünf Millionen Reichsmark« um diesen abzuwehren.¹⁰⁶ Später wurde er »Reichswirtschaftsführer«.

Die Liste der bekennenden Antisemiten und Antidemokraten ließe sich noch so lange fortsetzen wie die der Parteispenden und vertraulichen Kamingespräche – alles vor der Machtübertragung. Selbst Mittelständler wie Bechstein-Pianos und Pelikan (Schreibwaren) unterstützen Hitler.¹⁰⁷ Der einzige große Konzern der nachweislich gegen Hitler war und es auch blieb bis zu seiner Enteignung war die Flugzeugfabrik von Hugo Junkers in Dessau.

Es folgt daraus, dass die besseren Kreise Deutschlands zu einem erheblichen Teil schon vor Hitler antisemitisch, Kriegs-willig und antidemokratisch waren, wie Georg Grosz sie in dem Bild »die Säulen der Gesellschaft« porträtiert hat. Die Nazidiktatur kam aus der Mitte der deutschen Gesellschaft. Der Widerstand kam nicht aus der Chefetage, nicht aus dem Militär, aus Presse, Wissenschaft oder Staatskirche. Mit Ausnahme der sehr kleinen bekennenden Kirche war der Widerstand überwiegend ein proletarischer. Die Bundesrepublik wollte und will das nicht gerne hören. Sie schaut daher lieber auf Sophie Scholl, Anne Frank oder den Katholiken Bonhoeffer.

Die liberalen Eliten dachten, sie würden mit einem deutschen Mussolini fertig werden und dass es ihnen auch ohne Demokratie gut gehen würde, wie Herbert Marcuse ihnen vorwarf.¹⁰⁸ Dass sie sich verrechnet hatten, werden einige wohl schon vor dem 20. Juli 1944 bemerkt haben. Ihre Entlastungslüge ist heute die, dass der tödliche Staatsterror (gegen die jüdische Bevölkerung) erst am 9. November 1938 begonnen hätte. Die vielen vorher schon Ermordeten werden unterschlagen, um sagen zu können, man habe es nicht gewusst in den ersten sechs »friedlichen« Jahren. Gleichwohl lag auch Dimitroff mit der im Ostblock gültigen Erklärung falsch, wonach der Faschismus nur die brutalste Form der Diktatur des Kapitals sei. In dem Fall hätte er sich rationaler verhalten, und schon im eigenen Interesse weniger Krieg gleichzeitig angefangen und mehr Zwangsarbeiter*innen am Leben gelassen. Auch hätte eine Diktatur des Kapitals, als deren Vertreter der Finanzminister Hjalmar Schacht gelten kann, keine 3800 km Autobahn bauen lassen. Rethel-Sohn schrieb: »Der Umschlag in den Faschismus [ist] von höherer Mächtigkeit als die speziellen Interessenlagen und Programmbildungen der Kapitalgruppen, die ihn durch ihre Konzentration herbeigeführt haben.«¹⁰⁹ Daraus macht die Geschichtsschreibung der BRD bekanntlich die These der Diktatur »der Nationalsozialisten«, die mit der Chefetage und dem liberalen Bürgertum so gar nichts zu schaffen gehabt hätte, sondern wie der Name schon sagt, eher den echten Sozialisten nahegestanden hätten. Alle Studien der Welt haben daran wenig gerüttelt. Selbst viele Linke waren und sind nicht bereit, sich mit der Schuld ihrer Familien zu befassen,

106 Henry A. Turner, Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten (Otto Wagener) 1929–1932, Frankfurt a.M. 1978, S. 373, in: Zilkenat.

107 Zilkenat.

108 Herbert Marcuse: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung 1934.

109 Alfred Sohn-Rethel, Oekonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt Suhrkamp-Verlag, 1973.

geschweige denn über die Herkunft des Erbes nachzudenken, gleichwohl es Ausnahmen gibt.¹¹⁰ Aus der familiären Komplizenschaft erwächst dann die Komplizenschaft mit der Theorie von den eher unpolitischen Mehrheitsdeutschen und der kleinen bösen Minderheit der »Nationalsozialisten«. So zu sehen in Historienfilmen und Dokus von ZDF bis ARTE. Eine Ausnahme ist die feministische Bewegung und die Antirassismusbewegung, die dazu drängen, persönliche Privilegien zu reflektieren, wozu das finanzielle Erbe und seine oft dunklen Wurzeln zählen.

Die Autobauer standen 1932 wie viele kurz vor der Pleite, sie waren bis auf Opel noch nicht einmal zu Henry Fords Fließbandproduktion übergegangen. Von kleinen Manufakturen mit 1933 insgesamt 30.000 Arbeiter*innen wuchsen sie bis 1945 zu Weltkonzernen. Dass die Deutschen Banken und die Großindustrien die »maßgeblichen Stützen der NS-Aufrüstung« waren, fand sogar der Ermittler der USA in Deutschland nach 1945.¹¹¹

Wieso Hitler nur Mercedes fuhr

Daimlers Aufsichtsräte pflegten früh gute Kontakte zu Hitler: Otto Wolff spendete 1932 160.800 Reichsmark¹¹² und Wilhelm Kiesel wurde 1933 SS-Mann und rühmte sich seiner »langjährige[n] Verbundenheit mit der nationalsozialistischen Bewegung«.¹¹³

»Direktor Kiesel ergänzte auf der Bilanzpressekonferenz 1934, der Weg der Automobilindustrie »wäre ein dornenvoller geworden, wenn nicht die starke Hand unseres Führers in die Gestaltung und Geschicke unseres Vaterlandes eingegriffen hätte. [...] In größter Not kam die Rettung. Am 30. Januar 1933 nahm die nationale Regierung die Geschicke des deutschen Reichs in die Hand. Welch enorme Erfolge die Maßnahmen der nationalen Regierung unter Führung unseres Kanzlers Adolf Hitler schon im ersten Jahr ihres Wirkens brachten, zeigt eine Gegenüberstellung der Ziffern der in den Jahren 1933 und 1932 neu zugelassenen Kraftfahrzeuge.«¹¹⁴

Da auch noch der gesamte Rennsport von der Staatskasse ermöglicht wurde, war es nur eine kleine Gefälligkeit, das Modell 770 mit der damals sehr hohen Spitzengeschwin-

110 Dörte Westernhagen, *Die Kinder der Täter: das dritte Reich und die Generation danach*, Kösel-Verlag, München 1987.

111 *OMCUS – Ermittlungen gegen die deutsche Bank*, herausgegeben von der Militärregierung der vereinigten Staaten für Deutschland, 1946/47, neu aufgelegt bei Franz Greno, Nördlingen 1985, S. 116, In: Wolf, Winfried, S. 155.

112 Der preußische Innenministers Franz Bracht, In: R. Zilkenat: *Das deutsche Großkapital, der »Keppeler-Kreis« und die NSDAP*.

113 Wikipedia (Hg.): Wilhelm Kiesel 2019, https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Kiesel#cite_note-dal-2 vom 27.07.2021.

114 Ansprache des Generaldirektors Wilhelm Kiesel vor der Presse am 6. März 1934, S. 9. Das Manuskript der Rede befindet sich im Daimler AG Heritage Information Center, Bestand Kiesel, Messen und Ausstellungen. Zitiert nach G. M. Rinn: *Das Automobil als nationales Identifikationssymbol*, S. 32.

digkeit von 170 km/h exklusiv für wichtige Nazi und natürlich Hitler selbst zu bauen. Von der letzten Variante W150 wurden genau 88 Stück ausgeliefert.¹¹⁵

Die vielen Fotos, die Hitler im Mercedes zeigen, stammen alle aus der Zeit ab 1933.

Abb. 34–35: Magda Quandt heiratete 1931 die rechte Hand Hitlers, Joseph Goebbels. Sie tat dies mit dem Segen ihres Ex-Mannes Günther Quandt, auf dessen Landgut. Rechts: 1944 mit Stiefsohn Harald Quandt in der Mitte; er überlebte in britischer Kriegsgefangenschaft und erbte das Industrie-Imperium, unter anderem BMW; Quellen: Joseph Goebbels/Bundesarchiv, Foto: Wikimedia.



Dass Hitler ab Ende der 1920er Jahre nicht irgendein kleines Auto fuhr, sondern nur Mercedes, hatte zum einen den Grund, dass er darin nicht oft fotografiert wurde und es seiner Inszenierung nicht sehr schaden konnte. Dass er vom Kapital bestens finanziert wurde, druckte die »rote Fahne« ohnehin ständig, und John Heartfields Collagen popularisierten es für ein breites Publikum. Wer das zu glauben bereit war, konnte es ohnehin wissen.

Wir haben es hier also mit zwei Hitlern zu tun, der hart arbeitende Proletarier, den er dann später fast nur noch auf den Baustellen der Autobahn vorspielte, und dem bequem im Mercedes dahin brausenden Diktator. Der »böhmische Gefreite« mochte Autos so gerne, dass er sich die neuesten Rennwagen später persönlich vorführen ließ.

Die festlichen Staatsakte, wo sich ein Auto anbot, um an jubelnden Massen oder strammstehenden Soldaten vorbeizufahren, ergaben sich auch erst als Kanzler und Führer. Zu diesem Zeitpunkt hätte die Wahl auch auf Auto-Union oder Maybach fallen können, aber wenn die Deutsche Bank und Familie Quandt schon so nahe sind, warum dann zur Konkurrenz gehen?

Wahrscheinlich ab 1926 hatte Hitler das erste eigene Auto, einen Daimler. Wer genau es finanzierte ist unklar, aber dass es von einer der vielen Großspenden und nicht vom geringen Verkaufserlös von »Mein Kampf« bezahlt wurde, liegt auf der Hand.¹¹⁶

115 Vgl. Rinn, und Wikipedia (Hg.): Mercedes-Benz W 150 2021, https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Mercedes-Benz_W_150&oldid=210134877 vom 27.07.2021.

116 G. M. Rinn: Das Automobil als nationales Identifikationssymbol, S. 45.

Ein Jahr nach der »Machtergreifung« jubelte das »Berliner Tageblatt«: »In der Geschichte der deutschen Automobil-Industrie wird das Jahr 1933 als das Jahr ihrer Befreiung von der Vergangenheit zu gelten haben.«¹¹⁷ »Man stehe in der Automobilindustrie vor einem Neuanfang, so die einhellige Meinung, und die Industrie habe die Krise der vorangegangenen Jahre endgültig überwunden.«¹¹⁸

Die Zahl der Arbeiter*innen in der Autobranche verdoppelte sich noch im Jahr 1933 von 30.000 auf rund 60.000,¹¹⁹ die der Verkaufte Autos von 41.118 (1932) auf 82.048 (1933).¹²⁰ »So stand im Geschäftsbericht der Adam Opel AG für das Jahr 1933 zu lesen, die Wirtschaftspolitik »unserer nationalen Regierung hat der deutschen Autoindustrie [...] zu einem plötzlichen und beispiellosen Aufschwung verholfen.«¹²¹ Der Bericht des Vorstandes von Daimler-Benz für dasselbe Jahr spricht von der »segensreichen Tätigkeit unserer neuen Regierung«, während noch »im Jahre 1932 die gesamte Automobilindustrie unter dem zermürbenden Druck der sich zuspitzenden Krisis und Wirtschaftsnot« stand.¹²²

Die »Motorpresse« konstruierte das Argument, das nach dem Krieg zur häufigen Rechtfertigung wurde: »Kraft und Kraftfahrt: Zeichen des Dritten Reichs, Wille des Führers [...] Deutsche Kraftfahrt und deutscher Aufbau sind untrennbare Begriffe geworden.«¹²³

Hitler selbst fand jedes Jahr wieder auf der IAMA lobende Worte: »[...] dass die steigende Motorisierung befruchtet wurde durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung, wie wir umgekehrt nachzuweisen in der Lage wären, dass der allgemeine wirtschaftliche Aufstieg durch die wachsende Motorisierung mitbedingt erscheint.«¹²⁴

Die Autoindustrie mit ihren 30.000 Arbeiter*innen selbst war eher ein Leichtgewicht in der »united bourgeois party« der Wirtschaft. Aber die Interessen der IG-Farben mit ihrem »deutschen Benzin«, der Stahl- und Batterieindustrie und der Bau- und Zementindustrie zusammengenommen waren Schwergewichte. Auch die Militärs wussten, dass der nächste Krieg einer mit vielen Fahrzeugen werden würde, und dass Deutschland nicht nur mehr Autos, sondern auch mehr junge Männer mit Fahrkenntnissen brauchte. Es bekam sie mit »HJ-Motorsturm«, NSKK und dergleichen. Als kleinster gemeinsamer Nenner zwischen den Kapitalfraktionen, den Militärs und der Rücksicht auf Frankreich waren deshalb Autobau und Autobahn der beste mögliche Kompromiss.

117 Berliner Tageblatt vom 3. März 1934. In: Rinn, S. 31.

118 Ebd.

119 Zur Sonderkonjunktur der Autoindustrie siehe: Achim Becker, Absatzprobleme der deutschen Pkw-Industrie 1925–1932, Diss., Regensburg 1979, in: Rinn.

120 Rinn, S. 32.

121 Ebd., S. 70.

122 Ebd., S. 71.

123 Ebd., S. 31.

124 Eröffnungsrede der IAMA 1938 von Adolf Hitler, in der Broschüre: Das deutsche Kraftfahrzeug: Verkehrsmittel des ganzen Volkes. Vier Reden zur Internationalen Automobil- und Motorradausstellung 1938, S. 12. Ein Exemplar der Broschüre befindet sich im Daimler AG Heritage Information Center, Bestand Messen und Ausstellungen, Berlin 1938., in: Rinn, S. 35.

Deutschlands Krieg hat zwischen 50 und 60 Millionen Menschen in Europa und Nordafrika das Leben gekostet. Von den Bänkern und Industriellen wurde dennoch keiner zum Tode verurteilt.

Flick erhielt in Nürnberg sieben Jahre, wovon er nur drei verbüßen musste.¹²⁵ Thyssen wurde freigesprochen. Gänzlich ungeschoren davon kamen Günther Quandt und die gesamte Bauindustrie samt ihrer Vermögen.¹²⁶ Enteignet wurden sie jedoch allesamt in der sowjetischen Besatzungszone, wofür sie in der BRD ab 1949 meist eine Entschädigung erhielten. Die meisten erhielten ab 1990 ihre Eigentumstitel in den »neuen Bundesländern« zurück. Leer gingen die Erben von Hugenberg aus, denen vor Gericht nochmals attestiert wurde, was ohnehin feststand: dass Hugenberg zu den wichtigen Förderern Hitlers gehört hatte und die in den Nürnberger Prozessen beschlossene Enteignung somit rechtens war und bleibt.

125 »With the proceeds, Flick expanded his empire to include iron-ore and coal mines, foundries, steel mills, chemical plants, trucks, airplanes, railroad interests, and munitions plants. He became Adolf Hitler's biggest industrial supplier and supporter. Flick's wealth was estimated at \$1,000,000,000.« Encyclopedia Britannica: Friedrich Flick. German industrialist, <https://www.britannica.com/biography/Friedrich-Flick> vom 27.07.2021, und The New York Times vom 22.07.1972: »Friedrich Flick Is Dead at 89; Industrialist Who Aided Hitler«, <https://www.nytimes.com/1972/07/22/archives/friedrich-flick-is-dead-at-89-industrialist-who-aided-hitler-served.html> vom 27.07.2021.

126 NDR, Das Schweigen der Quandts.

